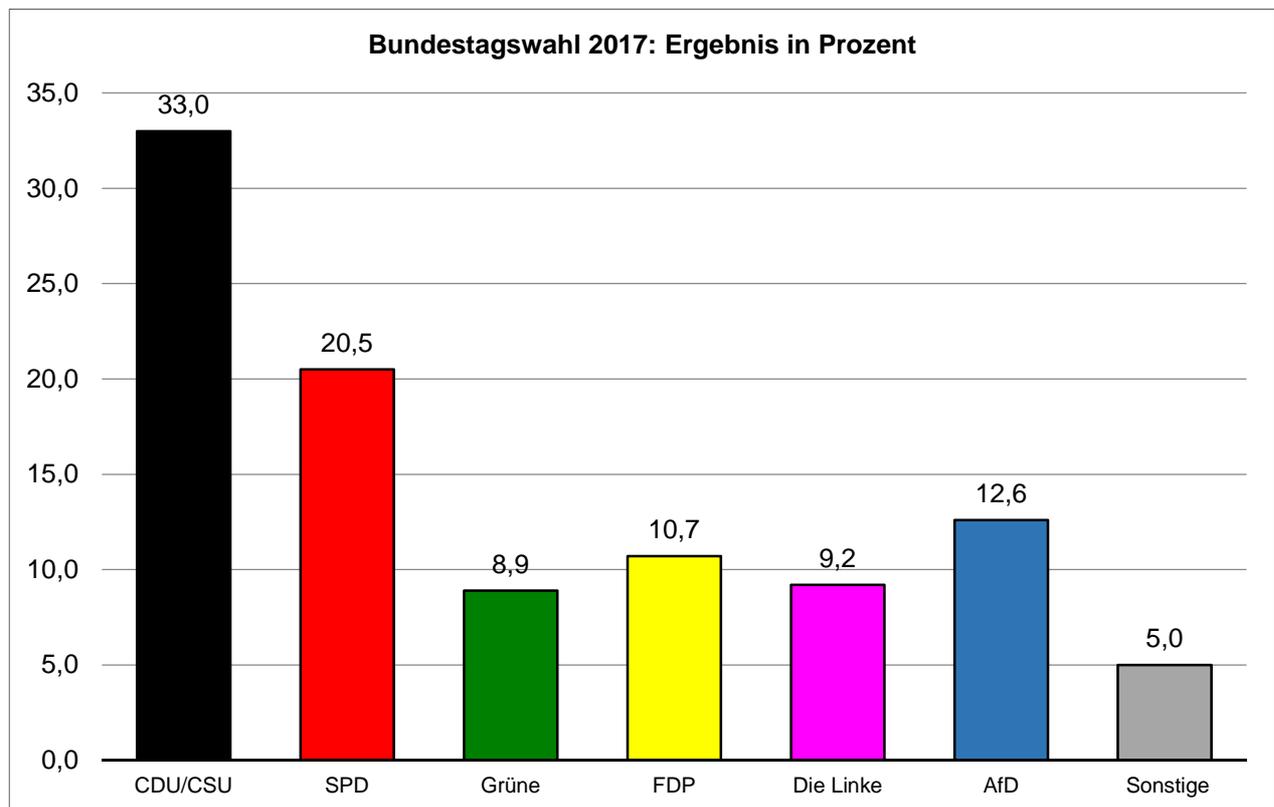




### Zäsur: Erstmals Rechtsaußen-Partei im Bundestag – große Koalition abgestraft!

#### Das Wichtigste in Kürze

- Die Wahlbeteiligung steigt auf 76,2 Prozent.
- CDU/CSU bleiben stärkste Kraft, trotz historisch hohem Verlust und schlechtestem Wahlergebnis seit 1949.
- SPD erzielt historisch niedrigstes Wahlergebnis und geht in die Opposition.
- AfD wird drittstärkste Kraft im Bundestag.
- FDP schafft Wiedereinzug in den Bundestag mit starken Zugewinnen.
- Linke und Grüne liegen fast gleichauf und festigen Wahlergebnis aus 2013.
- Jamaika ist nach heutigem Stand einzige realistische Koalitionsoption.



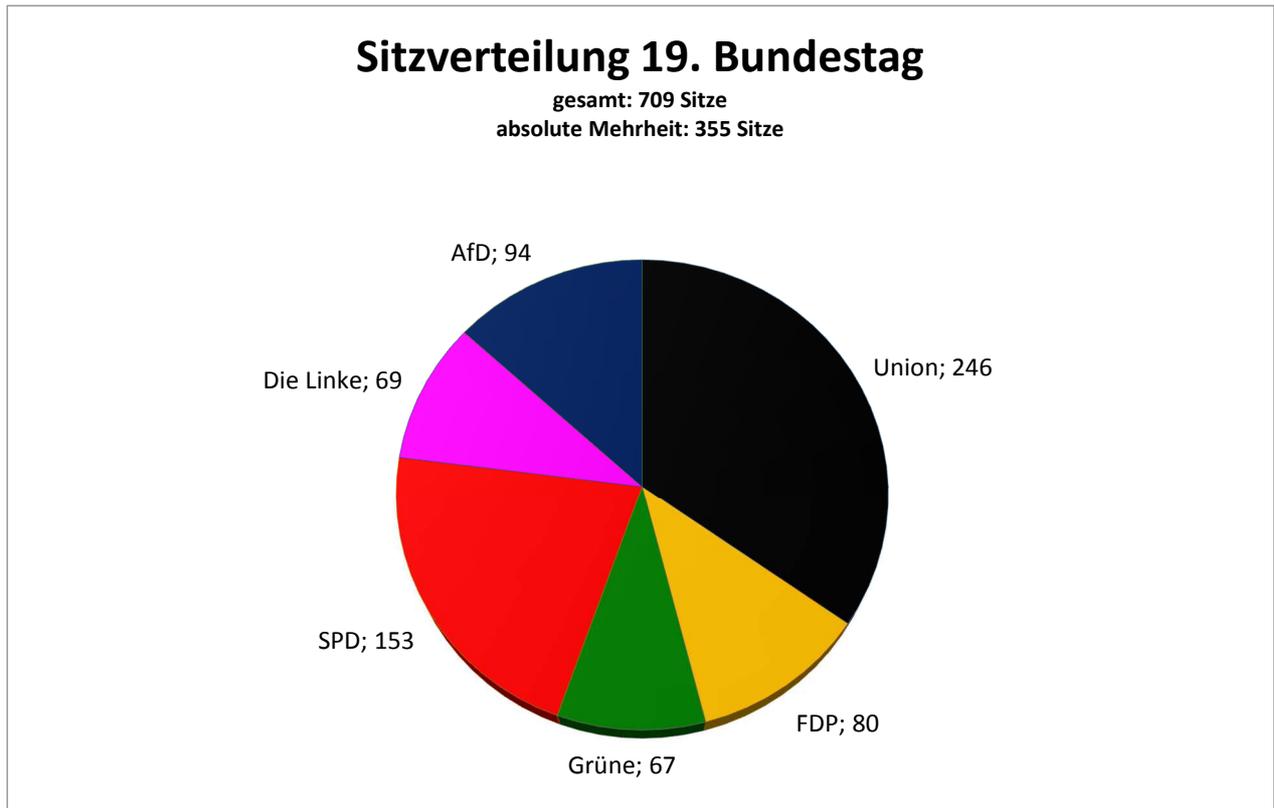
Quelle: Bundeswahlleiter, Grafik IG Metall

#### Herausgeber:

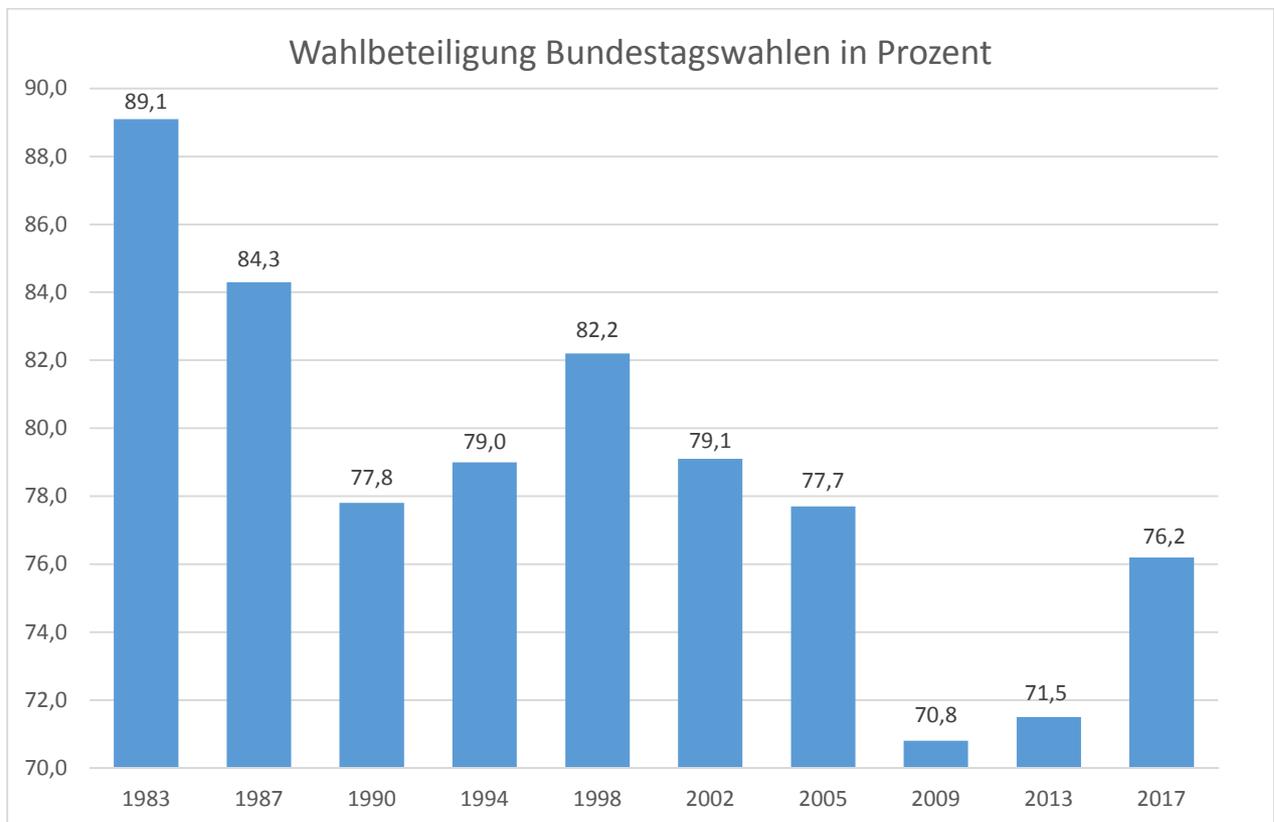
IG Metall-Vorstand, FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, Berliner Büro, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin  
Tel: (030) 2592 705-41, Fax: (030) 2592 705-50, E-Mail: buero-berlin@igmetall.de

## Berlin aktuell

Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017



Quelle: Bundeswahlleiter, Grafik: IG Metall



Quelle: Bundeswahlleiter, Grafik: IG Metall

### Inhalt

1. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für die IG Metall .....	4
2. Ergebnisse und Ausblick .....	6
3. Ausgangslage vor der Bundestagswahl.....	13
4. Besonderheiten im Wahlkampf und bei der Bundestagswahl.....	16
5. Die Ergebnisse im Einzelnen .....	18
5.1 Abgegebene Stimmen.....	20
5.2 Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern.....	20
5.3 Wählerwanderung .....	22
5.4 Wahlverhalten nach Alter, Berufsstand, Geschlecht und Bildung .....	25
6. Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder .....	28
7. Ergebnisse auf einen Blick .....	30
8. Die nächsten Wahltermine .....	30
9. Links .....	30

#### 1. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für die IG Metall

Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 waren rund 61,5 Mio. Menschen wahlberechtigt, 400.000 weniger als 2013, die Wahlbeteiligung ist auf 76,2 Prozent angestiegen. 42 Parteien sind angetreten, davon 16 zum ersten Mal. Insgesamt war das Interesse an der Wahl größer als vor vier Jahren: 72 Prozent gaben an, an der Wahl sehr interessiert zu sein (vor vier Jahren nur 66 Prozent).

Die Bundestagswahl hat insbesondere für die beiden Volksparteien zu dramatischen Verlusten geführt. Das Parteiensystem der Bundesrepublik hat sich deutlich verändert. Denn erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sitzen einschließlich der CSU, die mit der CDU aller Voraussicht nach wieder eine Fraktion bilden wird, sieben Parteien im Parlament und erstmals ist darunter eine, die als rechtspopulistisch, in Teilen aber auch als rechtsextrem einzuschätzen ist. Die Auseinandersetzung mit der AfD wird die neue Legislaturperiode prägen.

Die Parteien der Großen Koalition haben zusammen rund 13 Prozentpunkte verloren. Die Volksparteien CDU/CSU und SPD sind nach der Bundestagswahl auch zusammen so schwach wie nie. Sie vereinen nur noch etwa 40 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten auf sich.

Die Union ist die klare Wahlverliererin, und das in einem in keiner Umfrage prognostizierten Ausmaß. Die CDU im Bund und die CSU in Bayern haben historisch schlechte Ergebnisse eingefahren. Die CSU hat dabei in Bayern noch mehr verloren als die CDU in den 15 anderen Bundesländern. Und ihre Aussichten sind mit Blick auf die im Herbst 2018 anstehenden Landtagswahlen alles andere als gut. Denn Prognosen sehen die CSU nur noch bei 38,5 Prozent und damit auf einem dramatisch schlechten Niveau. Vor diesem Hintergrund sind neue Auseinandersetzungen zwischen den Schwesterparteien zu erwarten. Horst Seehofer hat bereits unmittelbar nach der Wahl erklärt, dass die CSU mit klarer Kante die von der Union geöffnete Flanke gegen rechts schließen will. Dass die AfD ausgerechnet in Bayern ihr stärkstes Ergebnis in den alten Ländern erreicht hat, bestätigt die These, dass gerade das Übernehmen und „Nachplappern“ von AfD-Positionen nicht die richtige Auseinandersetzung mit dieser Partei ist.

Die SPD geht mit ihrem historisch schlechtesten Ergebnis und der vierten in Serie verlorenen Bundestagswahl in die Opposition. Ihr Argument: man dürfe die Oppositionsführerschaft nicht der AfD überlassen und werde als Bollwerk der Demokratie die Auseinandersetzung sowohl mit der neuen Bundesregierung als auch mit der AfD führen. Mit einem Blick auf ihre Ergebnisse in vielen Bundesländern ist der Wahlabend für die SPD ein Desaster, insbesondere in Kombination mit ihrer Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.

Die großen Gewinner der Wahl sind AfD und FDP, aber auch Grüne und Linke haben gut und im Fall der Grünen sogar besser als erwartet abgeschnitten.

In den neuen Ländern ist die AfD in Sachsen stärkste und mit Ausnahme Berlins zweitstärkste Partei geworden. Ihr Ergebnis steht im Kontext einer europäischen Entwicklung mit dem Erstarken rechtsextremer Parteien von Ungarn bis Spanien und von Finnland bis Griechenland. Sie profitiert davon, dass im Bundestagswahlkampf Angstthemen eine große Rolle gespielt haben. Das Ergebnis der AfD ist zudem auf das sinkende Vertrauen der Menschen in die Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien zurückzuführen, die auch keine überzeugenden Konzepte zur Lösung der anstehenden Megathemen hatten. Erste Reaktionen der AfD-Spitze lassen Schlimmes erwarten. Alexander Gauland kündigte an, die neue Bundesregierung und insbesondere Angela Merkel „zu jagen“ und dafür Sorge zu tragen, dass das, was Menschen auf der Straße denken, im Bundestag wieder eine Rolle spielt. So bestürzend das Ergebnis für die AfD ist, so bleibt aber doch, dass rund 87 Prozent der Wählerinnen und Wähler nach wie vor demokratische Parteien gewählt haben.

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

Da die SPD für eine große Koalition nicht mehr zur Verfügung steht, ist eine Jamaika-Koalition die einzige Option für die Regierungsbildung. Sie wird als neues bürgerliches Modell mit großem Modernisierungspotential eingestuft. Damit verbunden ist, dass rot-rot-grün eindeutig keine Mehrheit mehr hat und als politische Reformoption zunächst einmal ausscheidet.

Aus dem Wahlergebnis ergibt sich die klare Aufgabe für die IG Metall, Garant für soziale Gerechtigkeit in Zeiten der Transformation zu sein.

Die IG Metall hat sich für den Bundestagswahlkampf sehr früh und sehr deutlich für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Beschäftigten positioniert. Ausgehend vom Sozialstaatskongress im Oktober 2016, weiter über die Beschäftigtenbefragung im Frühjahr 2017 bis hin zu einer Vielzahl von Aktivitäten in den Betrieben, Geschäftsstellen und in den sozialen Medien hat die IG Metall vier Themen in den Mittelpunkt gestellt:

- Perspektiven für Alle in der Arbeit von morgen
- Arbeitszeiten, die zum Leben passen
- Gerechtigkeit durch mehr Tarifverträge
- Soziale Sicherung und Rente.

**Viele unserer Vorschläge fanden Eingang in die Wahlprogramme zur Bundestagswahl. Nach der Wahl ist für uns klar:**

- 1. Die IG Metall vertritt die Interessen aller Beschäftigten auf dem Weg in die digitalisierte Arbeitswelt und Gesellschaft. Unser Ziel: Perspektiven für alle Beschäftigten – unabhängig ihres Bildungsabschlusses, ihres Einkommens und ihrer Nationalität.**
- 2. Es wird noch wichtiger sein, die Themen Arbeit und Soziales weiterhin in den Mittelpunkt zu rücken. Vor allem geht es um eine neue Arbeitsmarktpolitik, die die Rechte der Beschäftigten auf einen sicheren Job stärkt und berufliche Neuorientierungen ermöglicht. Zentral sind für uns die Sicherung der Renten, gerechte Bildungschancen und sichere Arbeit (u.a. Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, Rückkehrrecht aus Teilzeit, Rechtsanspruch auf Weiterbildung).**
- 3. Mit Blick auf eine Jamaika-Koalition sehen wir vor allem zwei Herausforderungen: Arbeitnehmerschutzrechte dürfen nicht aufgeweicht werden (u.a. das Arbeitszeitgesetz) und Mitbestimmung muss als unabdingbares Gestaltungselement anerkannt werden.**
- 4. Die Industrie, beispielhaft die Automobilindustrie, steht vor einem radikalen Umbau. Ohne politisch vereinbarte Regeln und Unterstützung geht es nicht. Der Markt alleine wird es nicht richten: Gesamtkonzepte zum Beispiel für die Energie- und Mobilitätswende sind dringend nötig, um die Ziele und Finanzierung des Umbaus zu klären.**
- 5. Im Wahlkampf hat keine Partei ein überzeugendes Politikkonzept vorgelegt, das die Sorge der Menschen um ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft durch Digitalisierung und Globalisierung ernst nimmt. Es wird eine Herausforderung sein, unsere Forderungen in dieser politischen Konstellation durchzusetzen. Das verlangt uns eine stärkere Öffnung nach außen, z.B. gegenüber Umwelt- und Sozialverbänden, ab. Unabdingbar ist die Stärkung der Tarifbindung und unserer Organisationsmacht in den Betrieben und Regionen, damit wir weiterhin als autonome Kraft handeln können.**

## 2. Ergebnisse und Ausblick

### CDU/CSU

Die Union verlor massiv – 8,6 Prozentpunkte – und kam mit 33 Prozent auf ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1949. Die CSU verlor in Bayern sogar mehr als 10 Prozentpunkte und erhielt nicht einmal mehr 40 Prozent der Wählerstimmen. In Sachsen zog die AfD sogar an der CDU vorbei. Nach den Landtagswahlerfolgen im Saarland, in Schleswig-Holstein und insbesondere in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr ist das Wahlergebnis für die CDU/CSU eine besondere Enttäuschung. Trotz ihrer Verluste stellte die Union am Wahlabend heraus, dass sie ihre Wahlziele erreicht habe: nämlich stärkste Fraktion zu werden und zu erreichen, dass gegen sie nicht regiert werden, dass also keine parlamentarische Mehrheit ohne Union zustande kommen kann.

CDU und CSU setzten in ihrem Wahlprogramm Schwerpunkte in der Familienpolitik (Kindergeld, Baukindergeld, Ganztagsbetreuung an Grundschulen) sowie auf die Themen innere Sicherheit und Wirtschaft (einschließlich Bildung und Forschung). Allerdings führte die Union keinen inhaltlich konfrontativen, polarisierenden Wahlkampf, sondern versuchte vor allem, die hohen demoskopischen Sympathie- und Kompetenzwerte der Kanzlerin in Wählerstimmen für CDU und CSU umzuwandeln. 70 Prozent der CDU/CSU-Wähler sagten letztlich, dass das wichtigste Argument für die Wahl der Union Angela Merkel sei. Von allen Wählern sagten allerdings 51 Prozent, zwölf Jahre Kanzlerin Merkel seien genug. Merkel bindet einerseits Wählerinnen und Wähler, polarisiert allerdings auch.

Nach der Absage der SPD an eine Große Koalition bleibt ihr nun nur eine Jamaika-Koalition als Option. Gerade gegenüber den Grünen wird sie auf den Feldern Zugeständnisse machen müssen, auf denen Teile von CDU und CSU sich nach dem schlechten Wahlergebnis gern mit „Union pur“ profilieren würden, etwa Integration und innere Sicherheit.

In den Parteien hat die Diskussion über die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis begonnen. Die CSU bangt um ihre Chancen bei der Landtagswahl in Bayern in einem Jahr; Parteichef Seehofer beklagte am Wahlabend bereits, die Union habe „eine rechte offene Flanke“ gehabt. Auch die ostdeutschen Landesverbände dürften den Kurs der CDU in der Flüchtlingspolitik problematisieren. Wie bei der CSU dürfte sich der Frust über die eigenen massiven Verluste mit der Angst vor dem Abschneiden bei Landtagswahlen mischen; der sächsische CDU-Generalsekretär und Vize-Chef der Bundestagsfraktion Michael Kretschmer hat sein Direktmandat sogar an die AfD verloren. Prominenz aus der Bundespartei meldete sich, mit Ausnahme des aus dem Bundestag ausscheidenden Innenpolitikers Wolfgang Bosbach am Wahlabend noch nicht mit Vorwürfen an die Kanzlerin zu Wort. Die engere CDU-Parteiführung versammelte sich vielmehr (auch optisch auf der Bühne des Adenauer-Hauses) hinter der Kanzlerin. Ob Merkel-Kritiker um Jens Spahn bei ihrer Zurückhaltung bleiben oder letztlich doch einen Richtungskampf befeuern, ist noch nicht absehbar – und dürfte auch vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen und der Vergabe der Posten abhängen. Sollten CSU, Ost-CDU und Spahn-Flügel allerdings auf „mehr CDU pur“, auf die Besinnung auf den „Markenkern“ der Union drängen, so dürften die liberalen Kräfte ihnen entgegenhalten, dass es eher dem Original – in diesem Fall der AfD – nutzen dürfte, wenn man deren radikalen Forderungen übernimmt.

Spannend ist nicht nur, in welche Richtung sich die Union bei den Themen innere Sicherheit/Geflüchtete bewegt, sondern auch der weitere wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Kurs von CDU und CSU. Immerhin hat die Union mehr Stimmen an die FDP als an die AfD verloren – ohne in der Mitte deutlich Stimmen von der SPD zu gewinnen. Das könnte dem Wirtschaftsflügel Auftrieb geben.

#### SPD

Die SPD hat ein Desaster erlebt. Sie hat mit 20,5 Prozent der Stimmen ihr schlechtes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Gemessen an dem von Martin Schulz bis zuletzt vorgetragene Anspruch Bundeskanzler werden zu wollen, ist die SPD geradezu kläglich gescheitert.

Die SPD hat sich noch am Wahlabend festgelegt, künftig die Opposition im Bundestag anführen zu wollen und für eine Neuauflage der Großen Koalition nicht zur Verfügung zu stehen. Dabei hatte das „Superwahljahr 2017“ mit der Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten und dem Umfragehoch von Martin Schulz in den ersten Wochen nach seiner Nominierung durchaus vielversprechend begonnen. Umso heftiger waren dann die vielen Dämpfer durch die schwachen Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen und in der Folge anhaltend schwacher Umfragewerte. Das alles auch, weil Hannelore Kraft den Wahlkampf von Martin Schulz unterbrach; weil sie nicht wollte, dass er, der Spitzenkandidat im Aufwind, in ihren NRW-Wahlkampf mit seinen Themen hineinfunkt. Das Ergebnis ist bekannt. Kraft ist nicht mehr Ministerpräsidentin, die SPD ein Schatten früherer Jahre. Im Nachhinein wird man sagen können: So wurden gleich zwei Wahlkämpfe verloren.

Seither wurde Schulz immer wieder dafür kritisiert, dass er nicht konkret werde. Ein Image, das die SPD bis zum Wahltag bei vielen Wählerinnen und Wählern nicht mehr loswurde. 80 Prozent etwa sagten, die SPD sage nicht genau, was sie für soziale Gerechtigkeit tun wolle und wie sie das gerade auch von Martin Schulz proklamierte Ziel konkretisieren und umsetzen wolle. In der Folge versuchten Schulz und die SPD mit immer neuen Themen aus der Defensive zu kommen. Dazu zählten unter anderem das Arbeitslosengeld Q, Investitionen in Infrastruktur und gerechte Steuern, stabile Renten, Investitionen in Bildung, die Aufhebung des Kooperationsverbots, Entgeltgleichheit für beide Geschlechter, das Chancenkonto, Ablehnung des 2%-Ziels für Rüstungsausgaben, Beendigung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und zum Ende des Wahlkampfs auch noch ein Neustart bei der Pflege. Zwischendurch, auf dem Höhepunkt der Debatte um den Dieselantrieb, wurde auch zu diesem Thema noch schnell ein 5-Punkte-Papier vorgelegt, das öffentlich wenig Aufmerksamkeit erzielte.

Auf diese Weise verfolgte die SPD in diesem Wahlkampf ihr Kernthema soziale Gerechtigkeit nicht stringent und es gelang nicht, Merkel und die Union mit alternativen politischen Angeboten in einen echten Wettstreit der Ideen und Konzepte hineinzuzwingen. Schwer wiegt offenbar auch immer noch die Agenda 2010, die viele Wählerinnen und Wähler der Partei nachtragen. Nach zwei Großen Koalitionen in den letzten drei Wahlperioden glauben viele der SPD offensichtlich nicht mehr, dass sie eine wirklich andere Politik als die Union will. Wenn es in den letzten Jahren markante Unterschiede zwischen Union und SPD gab – dann wurde das Thema von der Kanzlerin kurzerhand geschluckt oder für die Union besetzt.

Im Nachhinein werden einige in der SPD der nicht genutzten Machtperspektive nachtrauern: Es gab über vier Jahre hinweg eine rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag. Doch was 1982 CDU/CSU und FDP taten, hat die SPD selbst auf dem Höhepunkt der Euphorie um Martin Schulz nicht gewagt: eine Wende mitten in der Legislaturperiode. Die Aussichten sind nun eher durchwachsen. Der Gang in die Opposition kann eine Chance zur Erneuerung und zur personellen Neuaufstellung sein. Aus der Partei sind bereits Stimmen zu hören, dass Martin Schulz, der Parteivorsitzender bleiben möchte, die Noch-Arbeitsministerin Andrea Nahles als neue Fraktionsvorsitzende vorschlagen wird. Der Verzicht auf die Regierungsbeteiligung und eine dezimierte Bundestagsfraktion bedeuten aber auch einen Verzicht auf Ressourcen und auf Mitarbeiterstäbe, die inhaltlich arbeiten können. Erste Antworten auf die Frage, ob sich die SPD stabilisieren kann oder weiter abrutscht, wird es schon Mitte Oktober bei den Landtagswahlen in Niedersachsen geben.

#### FDP

Die FDP schaffte ein fulminantes Comeback: Nachdem sie 2013 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, verdoppelte sie ihr Wahlergebnis und kam auf 10 Prozent der Stimmen. Das reichte angesichts des Erfolgs der AfD nicht ganz für Platz 3; aber immerhin sieht es danach aus, dass die FDP es aus der Opposition heraus direkt in die Regierung schafft.

Vordergründig stellten die Freien Demokraten im Wahlkampf die Themen Digitalisierung und Bildung heraus. Allerdings bescherte ihnen vor allem die Flüchtlingspolitik Zulauf. 68 Prozent ihrer Wähler sagten, sie fänden ihren härteren Kurs gegenüber Flüchtlingen gut. Und die FDP setzte auf ihren Spitzenkandidaten Christian Lindner: 42 Prozent der FDP-Wählerinnen und -Wähler sagten, ohne Lindner würde ich nicht FDP wählen. Die FDP erreichte mit einer modernen Kampagne gerade auch jüngere Wähler, bei denen sie noch etwas erfolgreicher war als im Schnitt aller Wähler.

Das Wahlprogramm der FDP enthält Pläne zur Deregulierung des Arbeitszeitgesetzes und des Arbeitsschutzes, zur Senkung des Rentenniveaus und zur Privatisierung der Krankenversicherung. Die Partei führte allerdings keinen dezidiert neoliberalen Wahlkampf oder setzte ausschließlich auf das Thema schlanker Staat und Steuersenkung wie bei früheren Bundestagswahlen. „Wir sind die Partei der Freiheit, nicht der Freibeträge“, sagte Christian Lindner. Ihre heutigen Deregulierungs- und Privatisierungspläne verpackte sie als Teile eines Projekts, bei dem es um Selbstbestimmung geht. Und mit ihrem Wording und ihrer Kampagne traf sie offenbar ein „hippes“ Lebensgefühl eines Teils der Bevölkerung.

Noch nicht absehbar ist, mit welchem Spitzenpersonal die FDP im Falle erfolgreicher Koalitionsverhandlungen in die Bundesregierung einziehen wird. Vieles spricht dafür, dass Lindner auf Dauer den Fraktionsvorsitz beansprucht. Die Freien Demokraten verfügen nur über wenige Politiker mit Regierungserfahrung. Allerdings hat sie auch Leute wie den Arbeitsmarktexperten Johannes Vogel in ihren Reihen.

#### Grüne

Die Grünen haben ihr Wahlziel, drittstärkste Partei zu werden, zwar verfehlt, haben aber mit 8,9 Prozent der Stimmen deutlich besser abgeschnitten als es lange den Anschein hatte. Obwohl sie während der gesamten Legislaturperiode mit ihren rekordverdächtig vielen Landesregierungen sehr gut dastanden, war der Wahlkampf holprig und mehr als Inhalte wie Klimaschutz und Mobilität, Gerechtigkeit und Arbeitszeit wurde die innere Zerstrittenheit und Unzufriedenheit mit dem per Urwahl bestimmten Spitzenduo Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir thematisiert.

Die Grünen haben sich seit Jahren alle Koalitionsoptionen offengehalten und waren auch in den Ländern an ganz unterschiedlichen Bündnissen beteiligt, von Kenia (CDU/SPD/Grüne in Sachsen-Anhalt) bis Jamaika (CDU/FDP/Grüne in Schleswig-Holstein). Sie können nun auch auf Bundesebene zurück an die Macht kommen und eine Koalition mit CDU und CSU sowie der FDP eingehen. Zwar können sie darauf bauen, dass die „Klimakanzlerin“ Angela Merkel ihnen bei einem Kernthema (einschließlich des Kohleausstiegs) entgegenkommen könnte. Kompromisse mit Union und FDP sind auch beim Diesel-Thema denkbar, da führende Grüne ein starkes Gewicht auf den Erhalt der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie legen. Aber der Preis für Jamaika ist dennoch sehr hoch. Erstens sitzt mit der CSU eine Partei am Koalitionstisch, die den Grünen bei der inneren Sicherheit viele Kompromisse abverlangen wird. Und zweitens würden die Grünen aus dem „linken Lager“ ausscheren und damit schwere innerparteiliche Konflikte riskieren. Ein Jamaika-Bündnis wird daher in der Partei nur akzeptiert werden, wenn die grüne Handschrift auch in der Sozial- oder Europapolitik erkennbar wird. Ob ausgerechnet die FDP aber zu Kompromissen etwa bei der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung, der Einführung einer Bürgerversicherung und einem Schuldenschnitt für Griechenland bereit ist, die die Grünen als unabdingbare Voraussetzung für eine Koalition formuliert haben, muss doch stark bezweifelt werden.

#### Die Linke

Die Linke hat ebenfalls ihr Wahlziel, drittstärkste Partei zu werden, verfehlt und wird ihre Rolle der größten Oppositionspartei an die SPD verlieren. Dennoch gehört sie mit 9,2 Prozent der Stimmen zu den Gewinnern der Wahl und hat sich in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler als glaubwürdigste Partei für soziale Fragen etabliert. Die Linke hat nach verbreiteter Einschätzung vieles richtig gemacht, von der Themensetzung mit dem eindeutigen Schwerpunkt soziale Gerechtigkeit bis zur „mannschaftlichen Geschlossenheit“. Schließlich hat sie anders als zunächst vermutet offene Konflikte zwischen den vier Spitzenleuten und damit „Richtungskämpfe“ vermieden. Bemerkenswert ist, dass die Linke in den neuen Ländern hinter die AfD zurückgefallen ist, obwohl sie zum Beispiel immer wieder die Anerkennung der Lebensleistung von Menschen im Osten thematisiert hat.

#### AfD

Die AfD hat bei der Bundestagswahl die stärksten Zugewinne verbuchen können. Sie hat das von vielen befürchtete gute Ergebnis erzielt und zieht mit 12,6 Prozent klar als drittstärkste Partei in den Bundestag ein. Insbesondere im Osten der Republik ist die AfD stark, in Sachsen wurde sie gar stärkste Kraft. Aber auch in Baden-Württemberg mit 12,2 Prozent und in Bayern mit 12,4 Prozent erreichte sie überdurchschnittlich starke Ergebnisse. In Bayern wurde sie in einigen Wahlkreisen zweitstärkste Kraft. Ein Erfolg, der ihr auch in Baden-Württemberg in zwei Wahlkreisen gelang. Im Westen erreichte sie 10,7 Prozent, im Osten ist sie nahezu doppelt so stark und kommt auf 20,5 Prozent. Unter den Männern im Osten ist sie mit 27 Prozent stärkste Partei geworden.

Querelen in der Parteispitze und Skandale um rassistische Äußerungen ihrer Funktionäre haben der AfD nicht geschadet. Das Gegenteil scheint sogar der Fall. Mit ihrer Strategie von gezielten Tabubrüchen und Provokationen ihrer Spitzenkandidatin Alice Weidel und ihres Spitzenkandidaten Alexander Gauland gelang es der AfD ständig im Gespräch zu bleiben. Ob Weidel eine Talkshow abrupt verließ oder Gauland den Stolz auf deutsche Soldaten in zwei Weltkriegen einforderte, die Aufregung bei den anderen Parteien und auch in der medialen Öffentlichkeit war stets groß. Das nutzte der AfD. Nicht zuletzt dadurch, dass sie ständig im Gespräch blieb, gelang es ihr, die Themen Angst vor Überfremdung, Islamisierung, Flüchtlinge und Einwanderung auf der politischen Agenda zu halten.

Darüber hinaus präsentierte sie sich insbesondere als einzige Partei, die gegen das angeblich marode System, gegen die etablierten Parteien und Medien, mithin gegen eine angeblich abgehobene Elite stehe. Sie lehnt als einzige Partei im Bundestag gesellschaftliche und politische Veränderungen von der Gleichstellung von Homosexuellen über Gleichstellungspolitik für Frauen bis hin zur Integration Europas radikal ab. Kulturelle Modernisierung ist der AfD und ihrem Klientel zutiefst zuwider und sie antwortet mit Abgrenzung, mit der Betonung der eigenen „Gruppe“ und dem Ruf nach stärkeren nationalen Grenzen statt Weltoffenheit.

Durch den Einzug der AfD in den Bundestag besteht die Gefahr, dass sie noch mehr als bisher den öffentlichen Diskurs bestimmt. Sie hat jetzt noch ganz andere Möglichkeiten, auch finanzielle und personelle durch neue Mitarbeiterstäbe. Sie hat zudem das Anrecht auf einen Vizeposten im Bundestagspräsidium und auf Vorsitze in Bundestagsausschüssen. Abzuwarten bleibt, ob sich die AfD-Fraktion im Bundestag geschlossen präsentieren wird oder ob sie sich durch interne Streitigkeiten lähmt. In vielen Landtagen ist letzteres bereits zu beobachten. Konflikte sind vorprogrammiert, die Noch-Parteivorsitzende Frauke Petry hat bereits einen Tag nach der Bundestagswahl angekündigt, dass sie der AfD-Fraktion nicht angehören will.

Eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien im Bundestag scheint für die AfD ausgeschlossen. Sie hat sich schon lange mit ihrer Politik der Abschottung, Ausgrenzung sowie mit Hetze und rassistischen Äußerungen ihrer Funktionäre außerhalb des demokratischen Spektrums manövriert. Mitglieder der neuen AfD-

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

Bundestagsfraktion nennen den Holocaust einen Mythos, schwärmen von den Erfolgen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen und wollen den „Schuldkult“ endlich überwinden oder sind wiederholt mit antisemitischen Reden auffällig geworden.

Die AfD hat maßgeblich einen schärferen Asyl- und innenpolitischen Kurs der Großen Koalition ausgelöst. Mit den Asylpaketen, der Einstufung weiterer Staaten als sichere Drittstaaten oder den Sicherheitsgesetzen für Gefährdeter setzte die Bundesregierung Forderungen der AfD um.

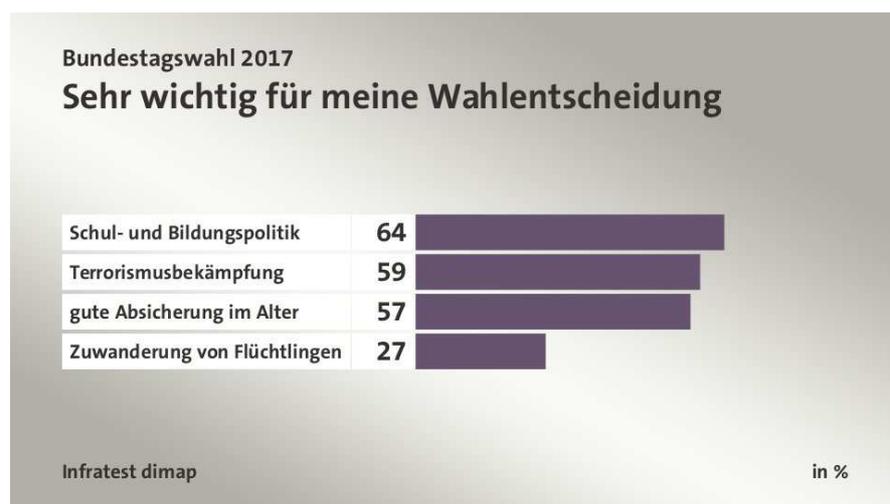
#### Wahlentscheidende Themen

Vorab: Die Aussagekraft der Umfragen zu den wahlentscheidenden Themen ist mit großer Vorsicht zu genießen! Will man wissen, was die Menschen bewegt, kommt es sehr auf die konkrete Fragestellung an. Der Bundestagswahlkampf 2017 hatte kein dominierendes Thema, das zu einer echten Polarisierung zwischen den Parteien führte. Die wirtschaftliche Lage, einschließlich der persönlichen Situation, wurde von einer großen Mehrheit der Deutschen als gut oder sehr gut bewertet, auch die Bedeutung der Lohngerechtigkeit hatte für viele durch die Einführung des Mindestlohns in der letzten Legislaturperiode an Bedeutung abgenommen.

Allerdings zeigten die Umfragen auch, dass die Menschen Missstände wahrnehmen – etwa zu geringe öffentliche Investitionen, konkret etwa sichtbar in maroden Schulgebäuden und im Lehrermangel. Und sie machten sich Sorgen. Dominierte bei vergangenen Bundestagswahlen die Angst vor Arbeitslosigkeit, so spielte dieses Thema diesmal nahezu keine Rolle mehr. Das ist mit der Abnahme der Arbeitslosigkeit zu erklären. Vielmehr sorgten sich die Menschen nunmehr einerseits vor fehlendem gesellschaftlichem Zusammenhalt, andererseits vor Kriminalität/Terrorismus sowie einem zu hohen Einfluss des Islams und dem Zuzug „zu vieler Fremder“, also einem eher kulturellen Identitätsverlust.



Vor diesem Hintergrund ist auch erklärbar, welche Themen sehr wichtig für die Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler waren.



Dass die Schul- und Bildungspolitik – ein Feld, auf dem die Bundeskompetenzen überschaubar sind –, auf Platz eins rangiert, ist einerseits erstaunlich, andererseits mit der Sorge vor sozialer Spaltung und der Unzufriedenheit über die öffentliche Infrastruktur zu erklären. Die Befragung zeigt auch die Bedeutung des Themas Rente für die Wahlentscheidung der Menschen. Auch darin manifestiert sich womöglich die Sorge vor dem weiteren Auseinanderdriften der Gesellschaft wie eine Angst vor der eigenen Zukunft.

Ganz offenbar hatten nicht alle Wählerinnen und Wähler den Eindruck, dass es Angebote der Parteien gibt, die ihren Sorgen und Anliegen gerecht werden. Laut einer Umfrage im Auftrag des Tagesspiegels zeigten sich lediglich 16,3 Prozent der Befragten sehr oder eher zufrieden mit dem Wettstreit der Parteien um Wählerstimmen. Das hat sich auch in Protest-Stimmen entladen. Fast zwei Drittel von drei Wählerinnen und Wähler der AfD entschieden sich nicht aus Überzeugung für diese Partei, sondern aus Enttäuschung über andere Parteien. Bei der Linken betrug dieser Anteil immerhin noch knapp 40 Prozent



#### Themen für Jamaika

Auch wenn es in Kommentaren immer wieder hieß, es habe das bestimmende Thema im Wahlkampf nicht gegeben und es gebe auch nicht die eine zentrale Herausforderung für eine neue Bundesregierung so liegt doch auf der Hand: die nächste Bundesregierung muss weg vom Dogma der schwarzen Null. Investitionen in Schulen und Pflegeeinrichtungen, in das Strom-, das Verkehrsnetz und den Breitbandaus-

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

baus, aber auch wieder in eine funktionierende öffentliche Verwaltung und die Rentenkasse sind überfällig. Die Steuereinnahmen sprudeln und wer sie alleine zum Schuldenabbau nutzen will versündigt sich wirklich an kommenden Generationen, die ein verfallendes Land vorfinden.

Die Kanzlerin nannte die Automobilindustrie und die Sicherung des Stahlstandortes bereits am Wahlabend als Zukunftsthemen. Grüne verweisen auf Klimaschutz und Mobilitätswende. Das zeigt, dass die Gestaltung der Transformation ein wichtiges Thema für die neue Koalition werden dürfte – nicht nur unter ökologischen Aspekten.

Auch die Digitalisierung heben alle voraussichtlichen Koalitionsparteien als wichtiges Thema hervor. Das reicht vom Breitbandausbau bis hin zur Qualifizierung. Eine künftige Koalition dürfte Akzente im Bereich Weiterbildung setzen; alle potentiellen Koalitionspartner haben entsprechende Forderungen im Wahlprogramm. Spannend dürfte die Konkretisierung sein: Denn vor allem die Union ist die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, was sie denn im Einzelnen zugunsten der Qualifizierung der Beschäftigten plant und ob und wie jede und jeder Einzelne auch wirklich daran teilnehmen kann.

Die Grünen machten am Wahlabend deutlich, dass sie sich in einer möglichen Jamaika-Koalition nicht auf die Rolle als ökologisches Korrektiv reduzieren lassen wollen. Sie hoben auch die Sozialpolitik als wichtiges Handlungsfeld hervor. Wie die sozialen Sicherungssysteme in einer Koalition aus Union, FDP und Grünen letztlich aussieht, ist noch nicht absehbar: Während die Grünen eine Bürgerversicherung (im Bereich der Krankenversicherung) fordern, will die FDP die private Krankenversicherung für alle öffnen.

Auch in der Rentenpolitik, gerade mit Blick auf das Rentenniveau, gehen die Vorstellungen auseinander. Die Koalitionäre dürften sich zunächst auf die von der Union in ihrem Wahlprogramm geforderte Rentenkommision verständigen. Absehbar sind Verbesserungen im Bereich der Erwerbsminderungsrente (in welchem Umfang auch immer) sowie eine Regelung zur verpflichtenden Alterssicherung (Solo)-Selbständiger (in welcher Form auch immer). Nach den Diskussionen auf der Zielgerade des Wahlkampfes könnte auch das Thema Pflege noch einmal an Bedeutung gewinnen.

Gerade im Wahlprogramm der Grünen finden sich Ansätze zur Gestaltung lebensphasenorientierter Arbeitszeiten (KinderZeitPlus/BildungsZeitPlus/PflegeZeitPlus). Die Union ist nur mit einer sehr allgemeinen Formulierung angetreten, die FDP setzt auf Arbeitszeitkonten. Das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit findet sich immerhin sowohl bei CDU/CSU als auch bei den Grünen.

Auf der Tagesordnung der Koalitionsverhandlungen stehen auch die Deregulierung des Arbeitszeitrechts, die Lockerung der Aufzeichnungspflichten beim Mindestlohn sowie eine Dynamisierung der Minijobgrenzen. Hier stellt sich die Frage, in welchem Umfang sich die Grünen in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen und wie groß der Einfluss des CDU/CSU-Arbeitnehmerflügels ist. Davon hängt auch ab, ob im Bereich Arbeitsrecht/Arbeitsmarkt nur Abwehrkämpfe gegen FDP und Wirtschaftsliberale geführt werden oder ob auch im Sinne der Beschäftigten positiv gestaltet wird – etwa bei sachgrundloser Befristung, Tarifbindung und Mitbestimmung.

Der Themenkomplex Migration/Integration dürfte ein Schwerpunkt der kommenden Bundesregierung werden – auch wenn das Konfliktpotential in diesem Bereich groß ist. CSU und FDP haben – in unterschiedlicher Form – die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin kritisiert. Etwas einfacher (wenn auch nicht ganz ohne Probleme) als die Verhandlungen beim Thema Flucht und Asyl dürfte eine Verständigung zur Arbeitskräfte-Migration werden: FDP und Grüne wollen ein Einwanderungsgesetz (mit Punktesystem), die Union immerhin ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz (mit der Erfordernis des Nachweises eines konkreten Arbeitsplatzes).

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

Auch in der Europapolitik ist mit Konfliktstoff zu rechnen – konkret bei der Frage, ob und in welchem Umfang die Austeritätspolitik gelockert wird. Es deutet sich an, dass nach der am Dienstag nach der Bundestagswahl angekündigten Grundsatzrede von Emmanuel Macron zumindest mit einer leichten Lockerung zu rechnen ist. Das dürfte mit der FDP und (angesichts des AfD-Erfolgs) mit dem rechten Flügel der Union allerdings schwer durchzusetzen sein.

Aus Sicht der IG Metall ist es wichtig, dass in den Koalitionsverhandlungen in den genannten Themenfeldern konkrete Vereinbarungen im Sinne der Beschäftigten getroffen werden und es nicht bei allgemeinen Absichtserklärungen, Prüfaufträgen oder bei der Delegation von Themen an Kommissionen bleibt. Das gilt etwa für das Thema Rente, aber auch für das Thema Qualifizierung/Weiterbildung: Die Politik hat zu lange von lebenslangem Lernen geredet, aber wenig gemacht. Die IG Metall hat für diesen Bereich (mit dem Initiativrecht für Weiterbildung im Betrieb und dem Transformations-KUG), aber auch für andere Bereiche ausformulierte Lösungsvorschläge vorgelegt.

Eine Jamaika-Koalition geben nach derzeitiger Einschätzung völlig unzureichende Antworten auf die Herausforderungen der Transformation. Sollte sich die FDP in wesentlichen Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik durchsetzen, drohen deutliche Verschlechterungen bei der sozialen Sicherung und Arbeitnehmerschutzrechten. Entscheidend wird es daher sein, wie die arbeitnehmerorientierten Kräfte bei CDU/CSU und gegebenenfalls Grünen die Programmatik ihrer Parteien mitbestimmen bzw. welches Verständnis von nachhaltiger Wirtschaft, Umbau der Industrie und neuem Sozialstaat, der zu merklichen ‚Investitionen‘ bereit ist, in den Parteien entwickelt wird.

Die Zeiten, in denen Gewerkschaften öffentlich als „Plage“ bezeichnet wurden, sind zum Glück vorbei. Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft werden anerkannt, das Bekenntnis zur Stärkung der Tarifbindung hat es in mehrere Wahlprogramme geschafft. Das ist auch ein Erfolg der IG Metall und ihrer Lobbyarbeit. Aber die Konsequenzen, die die Parteien aus diesem Bekenntnis ziehen, sind höchst unterschiedlich.

Die IG Metall wird wie bisher das Gespräch mit allen demokratischen Parteien suchen. Die AfD gehört nicht dazu, denn auch im Wahlkampf ist allzu offensichtlich geworden, dass die von ihr vertretenen Positionen mit den Werten und zentralen Anliegen der IG Metall nicht übereinstimmen.

### 3. Ausgangslage vor der Bundestagswahl

#### Rückblick auf die Bundestagswahl 2013 und die Landtagswahlen seither

Bei der Bundestagswahl 2013 wurde Schwarz-Gelb abgewählt. Die CDU/CSU erreichte 41,5 Prozent und wurde mit großem Abstand stärkste Kraft. Die SPD legte leicht zu und kam auf 25,7 Prozent. Die Linke wurde knapp vor den Grünen drittstärkste Partei. Den Einzug in den Bundestag verpasste die FDP, die massiv an Zustimmung verloren hatte und aus dem Bundestag flog. Die gerade neu gegründete AfD erreichte aus dem Stand 4,7 Prozent und verpasste damit den Einzug in den Bundestag nur knapp.

Bei den zurückliegenden Landtagswahlen seit 2013 zeigte sich ein differenziertes Bild: Trotz leichter Zugewinne in einigen Bundesländern verlor die Union in vielen anderen – am massivsten in ihrem früheren Stammland Baden-Württemberg, wo sie seit März 2016 Juniorpartnerin der Grünen ist. Die CDU verlor 2014 auch die Position des Ministerpräsidenten in Thüringen an die Linke; dort regiert seitdem Rot-Rot-Grün. Auch in Berlin schied die CDU 2016 aus dem Senat aus und musste einer neuen Rot-Rot-Grünen-Regierung Platz machen.

Wo die SPD mit populären Ministerpräsidentinnen bzw. Ministerpräsidenten regierte, wurde sie – zumindest bis zum Jahr 2016 – bestätigt: in Brandenburg 2014, in Hamburg 2015, in Rheinland-Pfalz 2016. Im

## Berlin aktuell

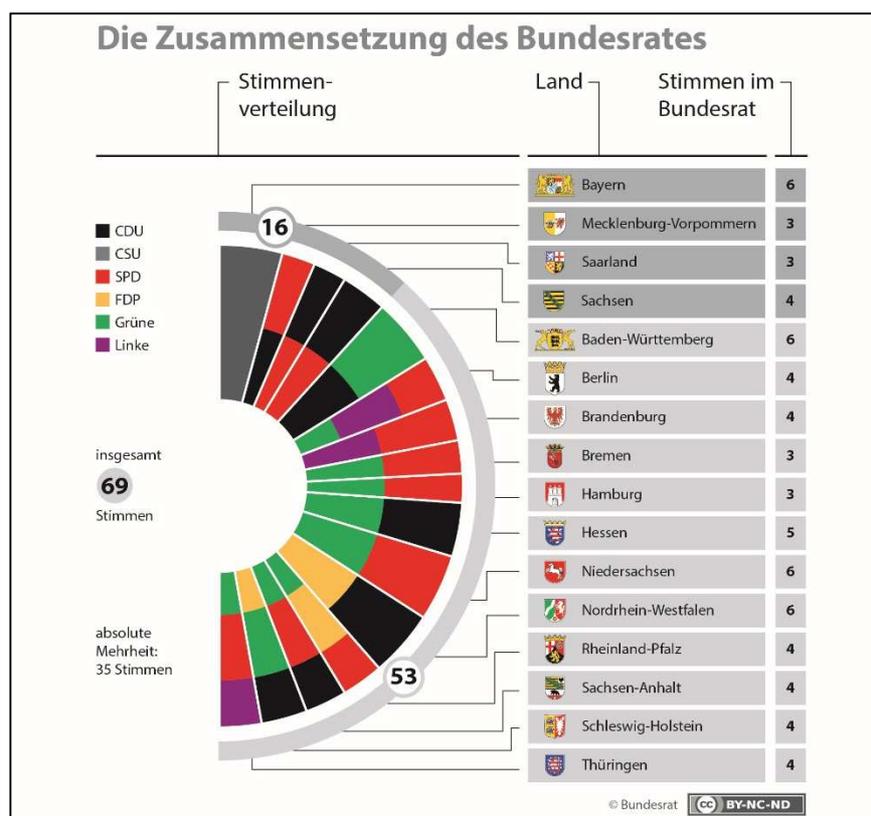
### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

März und Mai 2017 folgten die Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Bei allen drei Wahlen wurde die CDU stärkste Kraft. Im Saarland wurde die CDU/SPD-Regierung im Amt bestätigt, in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gab es durch die Wahlen einen Regierungswechsel hin zu Regierungen unter Führung der CDU. Rot-Grün sowie die Küstenkoalition (SPD, Grüne, SSW) wurden abgewählt. Inzwischen regiert in Schleswig-Holstein ein Jamaika-Bündnis und in Nordrhein-Westfalen ist eine schwarz-gelbe Regierung im Amt. Insbesondere die Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen galt als wichtiger Stimmungstest für die Bundestagswahl – hier wählten ein Fünftel der Wahlberechtigten (Nähere Infos zu den Landtagswahlen im jeweiligen „Berlin aktuell“ zu den Wahlen).

Das Erstarren der AfD, insbesondere ab Sommer 2015, war eine Herausforderung für alle anderen Parteien. Sie erzielte vielfach zweistellige Ergebnisse, in den neuen Bundesländern teilweise über 20 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern: 24,3%; Sachsen-Anhalt: 24,3%), aber auch in Baden-Württemberg erreichte die Partei 15,1% der Stimmen. Heute ist die AfD in 14 Landtagen und jetzt auch im Bundestag vertreten.

### Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat

Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat hatten sich nach den Landtagswahlen zugunsten von CDU und FDP verschoben, auch wenn es weiterhin keine eindeutigen Mehrheiten für ein ‚Lager‘ gibt. Die politischen Farbmischungen sind inzwischen sehr vielfältig – von Rot-Rot-Grün in Thüringen über Schwarz-Grün in Hessen, eine Ampel (Rot-Gelb-Grün) in Rheinland-Pfalz, Jamaika in Schleswig-Holstein bis hin zu einer Koalition aus CDU, SPD und Grünen in Sachsen-Anhalt (vgl. Grafik).



### Bilanz der Großen Koalition

Untätigkeit kann der Großen Koalition – anders als ihrer Vorgänger-Regierung - mit Sicherheit nicht vorgeworfen werden. Die Koalition setzte relativ rasch eine Reihe von Maßnahmen um, von denen viele die Handschrift der SPD trugen: Mindestlohn, Rente mit 63, „Bündnis für Industrie“.

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

Union und SPD regierten vergleichsweise geräuschlos und in der Öffentlichkeit wurden mehr Konflikte zwischen der CDU und CSU wahrgenommen als zwischen Union und SPD. Das gute Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern spiegelte sich auch in der letzten großen Aussprache der 18. Legislaturperiode im Deutschen Bundestag wieder, in der Sigmar Gabriel der Bundeskanzlerin verbal einen Blumenstrauß überreichte: „Ich will mich bedanken – ausdrücklich auch bei Ihnen, Frau Dr. Merkel.“, sagte der Vizekanzler. Merkel lobte ihrerseits den Noch-Koalitionspartner über den grünen Klee. Kritisch angemerkt werden muss jedoch, dass die Große Koalition beim Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit und der Rente für Geringverdiener ihren Koalitionsvertrag nicht erfüllen konnte. Auch das wichtige Thema der Personalbemessung in der Pflege ist liegen geblieben. In der Bildungs- und in der Pflegepolitik sind die großen Herausforderungen noch überhaupt nicht gelöst. Dabei liegen die Probleme hier seit Jahren auf der Hand und auch an Lösungsvorschlägen mangelt es nicht.

#### Arbeitnehmerthemen in der letzten Legislaturperiode

Die Regierung hat in den letzten vier Jahren zentrale Korrekturen vorgenommen, die nach Jahrzehnten von Deregulierung, Privatisierung und Abbau staatlicher Leistungen dringend nötig waren: die Einführung eines Mindestlohns und die Rente ab 63, wie bereits oben erwähnt, aber auch die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen. Punkte, die die Gewerkschaften 2013 erfolgreich im Koalitionsvertrag platziert hatten.

Auf viele der großen Herausforderungen von Digitalisierung bis Klimawandel hat die große Koalition allerdings gar keine oder allenfalls erste strategische Antworten gegeben. Von flächendeckendem Breitbandausbau kann keine Rede sein und das Ziel, bis 2020 eine Million Elektroautos auf die Straße zu bringen, wurde kläglich verfehlt. Bei den Klimazielen sieht es nicht viel besser aus. Auch die gesellschaftliche Modernisierung ist bei den Themen Mitbestimmung, Arbeitszeit und wirtschaftliche Nachhaltigkeit in Ansätzen stecken geblieben. Es gelang den Gewerkschaften zwar die Agenda dieser politischen und öffentlichen Debatte zu beeinflussen, aber es blieb im Ergebnis bei Konzeptentwürfen (Arbeit 4.0, Weißbuch Digitalisierung) - eine Strategie für die politische Steuerung und Gestaltung der Transformationsprozesse der Industrie, des Sozialstaates und der Gesellschaft steht jedoch noch aus.

Unstrittig ist weiterhin, dass in den vergangenen vier Jahren ein neuer Politikstil Einzug gehalten hat, der auf eine enge Einbindung der Sozialpartner setzt. Mehr noch: Die Politik nimmt die Sozialpartner wieder ernst. Insbesondere die IG Metall ist in unterschiedliche Arbeitskreise, Gremien und Plattformen eingebunden – Stichworte: Bündnis für Industrie, Plattform Industrie 4.0, Plattform Digitale Arbeitswelt, diverse Branchendialoge. Diese Beteiligung erfolgt auf Augenhöhe und in transparenter Form. Und dieser neue Politikstil brachte insbesondere dort Ergebnisse, wo es Überschneidungen der Interessen von Sozialpartnern und Regierung gibt. Dies gilt insbesondere für die Industriepolitik. Hier hat die Bundesregierung in weiten Teilen die Interessen der Beschäftigten und der Unternehmen der Branche im Blick gehabt – Stichworte: Stahl, Emissionshandel, auch Energiewende und Automobil.

#### Innen- und außenpolitische Herausforderungen in der letzten Legislaturperiode

Die schwarz-rote Bundesregierung wurde seit 2013 immer wieder mit neuen innen- und außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Die Ukraine-Krise und der Streit mit Russland, Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, der Krieg in Syrien sowie die „Flüchtlingskrise“ mit tiefen Zerwürfnissen in der EU, konfliktreiche Verhandlungen um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, die Konflikte mit dem türkischen Präsidenten Erdogan, der Brexit und die Wahl von Präsident Donald Trump in den Vereinigten Staaten – all diese außenpolitischen Entwicklungen haben die politische Diskussion in Deutschland maßgeblich geprägt.

Durch die große Zahl an Flüchtlingen, die insbesondere 2015 nach Deutschland kam, entbrannte auch die öffentliche Debatte über eine zielführende Integrationspolitik. Die Bundeskanzlerin versicherte den Bürgerinnen und Bürgern mit ihrem Satz „Wir schaffen das“ Zuversicht, aber konkrete Umsetzungspläne zur

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

Aufnahme und Integration der Geflüchteten folgten erst nach und nach. Viele Kommunen waren mit dem „Flüchtlingsstrom“ überfordert und die Gesellschaft zunehmend gespalten zwischen jenen, die für eine konsequente Aufnahme und Unterstützung der Geflüchteten eintraten und jenen, die die Wiedereinführung der Grenzkontrollen sowie strikte Obergrenzen bzw. Rückführung der Geflüchteten forderten. Bis zur Bundestagswahl 2017 blieben die Themen Flüchtlinge und Einwanderung sowie Islamismus und Terror in der öffentlichen Diskussion präsent. Dies war mitverantwortlich für den Aufschwung der AfD. Dazu kam das Gefühl vieler Menschen – von „denen da oben“ nicht mehr ernst genommen zu werden – auch weil ihre durch die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ausgelösten Zukunftssorgen kaum thematisiert wurden.

Ein weiteres dominierendes Thema zum Ende der zurückliegenden Legislaturperiode war der Betrug der deutschen Automobilhersteller bei Abgaswerten. Er löste nicht nur Verunsicherung bei vielen aus Sorge um die Zukunft der deutschen Leitbranche aus sondern beförderte hitzige Debatten über die Zukunft des Diesels, das Ende des Verbrennungsmotors sowie die damit einhergehenden Herausforderungen für die deutsche Automobilindustrie.

Klima- und Umweltregulation, Globalisierung und neue Wertschöpfungsketten, Digitalisierung der Produkte und Prozesse, die Vielfalt der Gesellschaft und der demografische Wandel – das sind die Megatrends, die die in der deutschen Gesellschaft stattfinden und ihre Spuren hinterlassen. Damit einher geht eine Verunsicherung vieler Menschen – ob in Sachsen oder im Ruhrgebiet, ob im mittleren England oder im Rust Belt der USA. Viele Menschen haben Angst vor sozialem Absturz, wenn sie einmal den Job verlieren. Und viele haben den Glauben daran verloren, dass es ihren Kindern oder Enkeln einmal besser gehen wird als ihnen selbst. In ihrer Massivität und Gleichzeitigkeit werden die Megatrends offenbar zunehmend als Bedrohung wahrgenommen.

#### Soziale Spaltung in Deutschland

Die Megatrends, die auf unsere Gesellschaft wirken, tragen zu einer sich verfestigenden sozialen Spaltung in Deutschland bei. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar seit August 2013 von 2,94 Millionen auf 2,54 Millionen (August 2017) kontinuierlich gesunken, in Deutschland gibt so viele sozialversicherungspflichtige Jobs wie noch nie zuvor und die Wirtschaft sucht händeringend nach Fachkräften. Aber die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinkt nur sehr langsam, vor allem Geringqualifizierte und Ältere haben es sehr schwer, eine neue Beschäftigung zu finden. Die Zahl der prekär Beschäftigten stagniert. Minijobs, sachgrundlose Befristungen, Beschäftigung in Leiharbeit und Werkverträgen sowie prekäre Soloselbständigkeit in der Plattformökonomie sind feste Bestandteile des deutschen Arbeitsmarktes. Einerseits wächst der Wohlstand vieler immer weiter, andererseits leben mehr und mehr Menschen in Armut, unter ihnen viele Alleinerziehende, Kinder und Ältere. Die Ungerechtigkeiten im Bildungssystem spiegeln die Ungleichheit bei der Einkommens- oder Vermögensverteilung wider – und sie zementieren diese Ungleichheit über Generationen.

## 4. Besonderheiten im Wahlkampf und bei der Bundestagswahl

#### Die Kluft zwischen Alten und Jungen

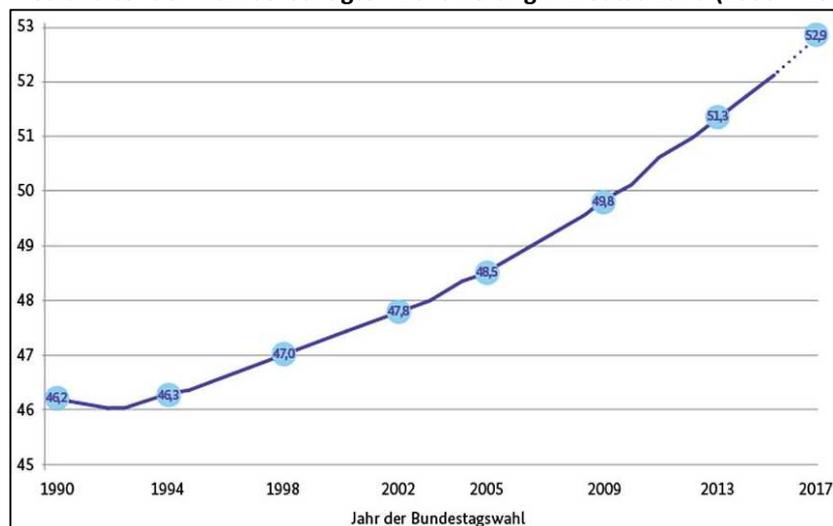
Bei den Wählerinnen und Wählern wächst die Polarisierung zwischen Alten und Jungen. Bei der Bundestagswahl 2017 waren die Wahlberechtigten so alt wie noch nie zuvor. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, war die Hälfte der 61,5 Millionen Wahlberechtigten (unter ihnen 31,7 Millionen Frauen) älter als 52 Jahre, bei den Frauen liegt das Medianalter sogar bei 53 Jahren. Zu Beginn der 1990er Jahre war das Medianalter noch etwa sechs Jahre niedriger und lag bei etwa 46 Jahren. Durch den Wegzug jüngerer Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern war das Medianalter dort nochmals durchschnittlich 2 Jahre höher als in den westdeutschen Bundesländern. Der demografische Wandel spiegelt sich demnach auch bei der Wahlbevölkerung deutlich wider.

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

Medianalter der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland (1990 – 2015, Vorausberechnung für 2017)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen BiB.

Ein ähnliches Bild ergab sich auch bei den Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag. Es traten insgesamt 4.828 Wahlbewerberinnen und -bewerber, darunter 1.400 Frauen an. Gerade einmal 599 Bewerberinnen und Bewerber waren jünger als 30 Jahre. Das Durchschnittsalter der Abgeordneten 2013 lag bei 49,7 Jahren – bei der Bundestagswahl 2017 ergab sich ein ähnliches Bild. Aus der Shell-Studie 2015 ging bereits hervor, dass das Interesse an Politik bei jungen Menschen zwar ansteigt, sie sich aber weniger in Parteien engagieren als frühere Generationen.

Bei der Juniorwahl<sup>1</sup>, einer Testwahl für junge Leute unter 18 Jahren an Schulen zur Förderung der politischen Bildung, gab es in diesem Jahr mit mehr als einer Million Teilnehmenden an 3.490 Schulen eine Rekordbeteiligung. 27 Prozent der Jugendlichen hatten sich für die Union entschieden, 19,3 Prozent für die SPD, 17,9 Prozent für die Grünen, 8,8 Prozent für die FDP, 7,3 Prozent für die Linke und 6 Prozent für die AfD.

#### Die Qual der Wahl: Unentschlossene und Briefwähler

Die Parteibindungen sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter gesunken, der klassische Stammwähler wird seltener. Dieser bekannte Befund fand bei dieser Wahl seinen Ausdruck in der hohen Zahl von Wählerinnen und Wählern, die lange unentschlossen waren.

Nach einer Politbarometer-Umfrage waren gut einen Monat vor der Wahl noch 43 Prozent der Wahlberechtigten unentschieden, für wen sie am Wahltag ihre Stimme abgeben. Der Anteil der Unentschiedenen war damit so kurz vor der Wahl deutlich höher als in den vergangenen 20 Jahren.

In einer weiteren Politbarometer-Projektion gut eine Woche vor dem Wahltag gaben 61 Prozent der Befragten an, dass sie sich auf eine Partei festgelegt haben. 39 Prozent wollten ihre Präferenz eventuell noch ändern bzw. hatten noch keine. Lediglich 29 Prozent aller Wählerinnen und Wähler gaben an, dass für sie nur eine einzige Partei in Frage kommt, 71 Prozent konnten sich vorstellen, außer der genannten

---

<sup>1</sup> Seit 1999 wird die Juniorwahl bundesweit zu Europawahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen durchgeführt. Ziel dieser Wahl ist es bereits das Interesse der Jugendlichen für Politik wecken und Freude an politischer Beteiligung vermitteln bevor sie wahlberechtigt sind. Verschiedene wissenschaftliche Studien belegen die Wirksamkeit der Juniorwahl: Von der Steigerung der Wahlbeteiligung von Jugendlichen und deren Eltern bis hin zur Senkung des Nichtwähleranteils.

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

Partei auch noch mindestens eine andere Partei zu wählen. Bemerkenswert ist, dass nach Untersuchungen gerade die Unentschlossenen sich sehr von den Umfragen und Prognosen beeinflussen ließen (s.u.) und manche auch auf deren Grundlage sehr strategische Wahlentscheidungen treffen wollten.

Gleichzeitig war schon früh abzusehen, dass die Zahl der Briefwähler bei der Bundestagswahl 2017 einen neuen Rekord erreichen sollte. In München hatten bis zum 18. September bereits 34,5 Prozent der Wahlberechtigten Briefwahlunterlagen beantragt (plus 13 Prozent im Vergleich zu 2013). Während sich also viele Wählerinnen und Wähler schon früh entschieden hatten, waren andererseits mehr Wählerinnen und Wähler als je zuvor bis kurz vor dem Wahltag noch unentschieden.

Lediglich drei Prozent waren sich eine Woche vor der Bundestagswahl sicher nicht wählen zu wollen und 21 Prozent waren sich noch unsicher, ob sie den Gang zur Wahlurne antreten würden.

#### Demoskopie statt Themen

Einen Schwerpunkt der Berichterstattung über den Bundestagswahlkampf 2017 lag in Beiträgen über immer neue Umfragewerte. Täglich prophezeiten neue Prognosen das Auf und Ab der Parteien und zeichneten ein Bild zur Stimmung in Deutschland, zu den wichtigsten Themen und zu den vermeintlich beliebtesten Politikern. Beiträge, die sich inhaltlich mit den Wahlprogrammen der Parteien auseinandersetzten, erzielten meist weniger Aufmerksamkeit. Im TV-Duell wurde Martin Schulz bezeichnenderweise gleich in der ersten Frage mit den schlechten Umfragewerten der SPD konfrontiert.

#### Wut-Bürgerinnen und Bürger im Wahlkampf – im Netz und auf der Straße

Auch im Internet und insbesondere in den sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter wurde der Wahlkampf ausgetragen. Nach Angaben der „Zeit“ (14.09.2017, Götz Hamann) haben dort vor allem die Themen Flüchtlinge und Kriminelle die Deutschen bewegt. Zu keinem anderen Thema gab es so viele Artikel und mehr Beiträge von Nutzern. Verglichen damit diskutierten auch online nur Wenige über Löhne oder den Arbeitsmarkt. In der „Zeit“ wurde festgestellt: „Quer zu den einzelnen Themen ziehen die Rechtspopulisten ihre tiefe und hitzige Spur durch die digitale Öffentlichkeit [...] Durch eine massive Schwellenabsenkung für Meinungsäußerungen sei eine politisierte Öffentlichkeit jenseits der Parteien entstanden“. In diesem Wahlkampf wurde die Wut aus dem Netz zunehmend auf die Straße getragen. Quer durch die Republik, allerdings mit einem Schwerpunkt im Osten, wurden die Auftritte von Spitzenpolitikern, insbesondere jene von Angela Merkel, immer wieder von sogenannten Wutbürgern lautstark gestört. Organisiert wurden diese Proteste über das Netz, initiiert wurden sie von Leuten aus dem Umfeld von NPD, Pegida, AfD, Identitären und den sogenannten „Pro“-Bewegungen.

## 5. Die Ergebnisse im Einzelnen

Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist um 4,7 Prozentpunkte auf 76,2 Prozent gestiegen.

Von den jetzt 709 Sitzen im Bundestag entfallen nach der Wahl 246 Sitze an die CDU/CSU, 153 Sitze an die SPD, 69 Sitze an die Linke, 67 Sitze an die Grünen, 80 Sitze an die FDP und 94 Sitze an die AfD.

Die absolute Mehrheit der Mandate liegt bei 355 Sitzen. Rechnerisch möglich wären Koalitionen aus CDU/CSU, FDP und Grünen sowie aus CDU/CSU und SPD, wobei die SPD eine erneute Große Koalition bereits ausgeschlossen hat.

#### **CDU/CSU**

Die CDU/CSU erhält 15.315.576 Stimmen, 2.841.680 weniger als 2013. Sie erreicht 33 Prozent und damit 8,6 Prozent weniger als 2013. Die Union wird mit diesem Ergebnis stärkste Kraft, aber erzielt damit das schlechteste Bundestagswahl-Ergebnis seit 1949. Angela Merkel kann mit diesem Wahlergebnis die neue

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

Regierung bilden.

#### SPD

9.538.367 Stimmen entfallen auf die SPD, 1.708.916 weniger als 2013. Sie erreicht einen Stimmenanteil von 20,5 Prozent, 5,2 Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl 2013. Die SPD wird mit dem historisch schlechtesten Wahlergebnis zweitstärkste Kraft.

#### FDP

4.997.178 Stimmen entfallen auf die FDP, 2.914.873 mehr als 2013. Sie erreicht einen Stimmenanteil von 10,7 Prozent, 6 Prozentpunkte mehr als 2013. Für die Liberalen ist das Ergebnis ein großer Erfolg. Nach dem Verfehlen der 5-Prozent-Hürde in 2013 zieht die FDP deutlich gestärkt wieder in den Deutschen Bundestag ein.

#### Grüne

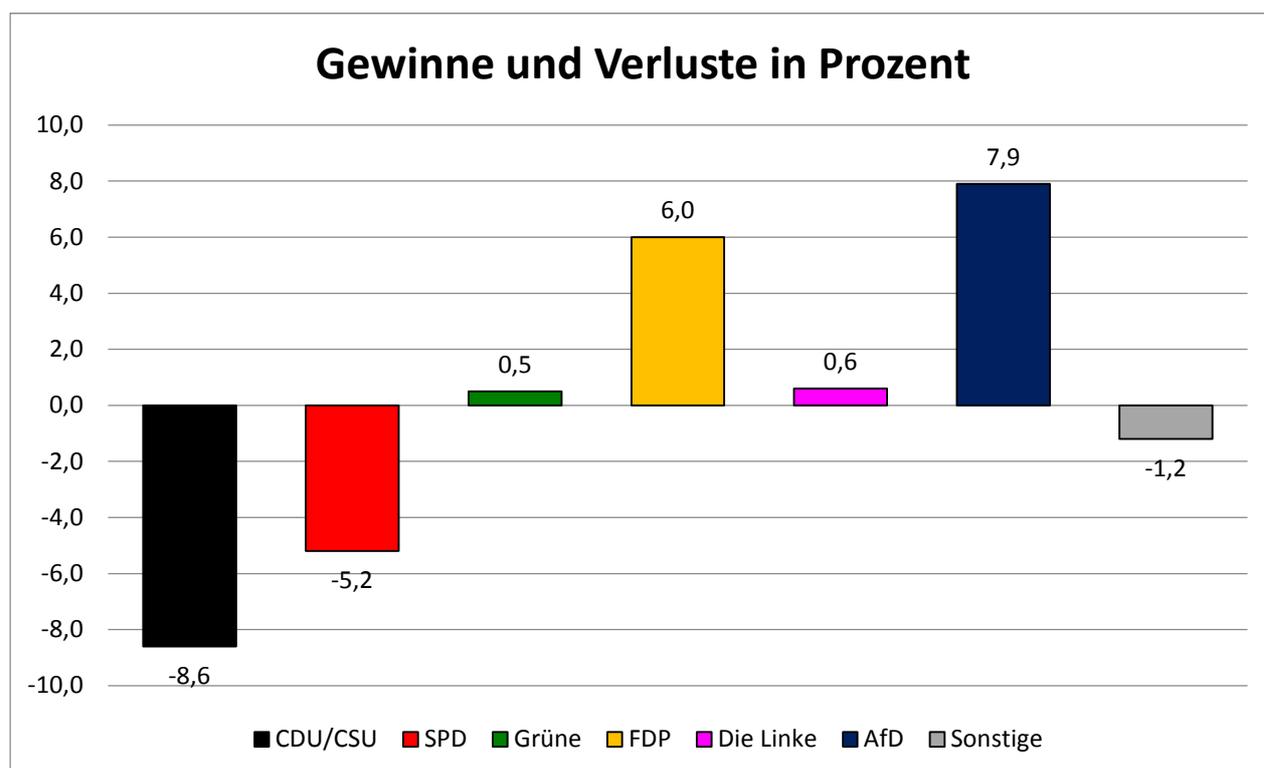
4.157.564 Stimmen entfallen auf Bündnis 90/Die Grünen, knapp 467.250 mehr als 2013. Sie erreicht damit einen Stimmenanteil von 8,9 Prozent, 0,5 Prozentpunkte mehr als 2013. Entgegen der schlechten Prognosen können die Grünen ihr Wahlergebnis aus 2013 minimal verbessern.

#### Die Linke

4.296.762 Stimmen entfallen auf die Linke, 544.185 mehr als 2013. Sie erreicht damit einen Stimmenanteil von 9,2 Prozent, 0,6 Prozentpunkte mehr als 2013. Die Linke bestätigt somit das Wahlergebnis der zurückliegenden Bundestagswahl.

#### AfD

5.877.094 Stimmen entfallen auf die AfD, 3.824.722 mehr als 2013. Damit erreicht 12,6 Prozent der Wählerstimmen, 7,9 Prozent mehr als 2013. Verfehlte die AfD bei der zurückliegenden Bundestagswahl den Einzug ins Parlament knapp, wird sie 2017 drittstärkste Kraft und zieht damit deutlich erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Das Wahlergebnis liegt sogar noch über den Prognosen, die im Vorfeld der Wahl veröffentlicht wurden.



## Berlin aktuell

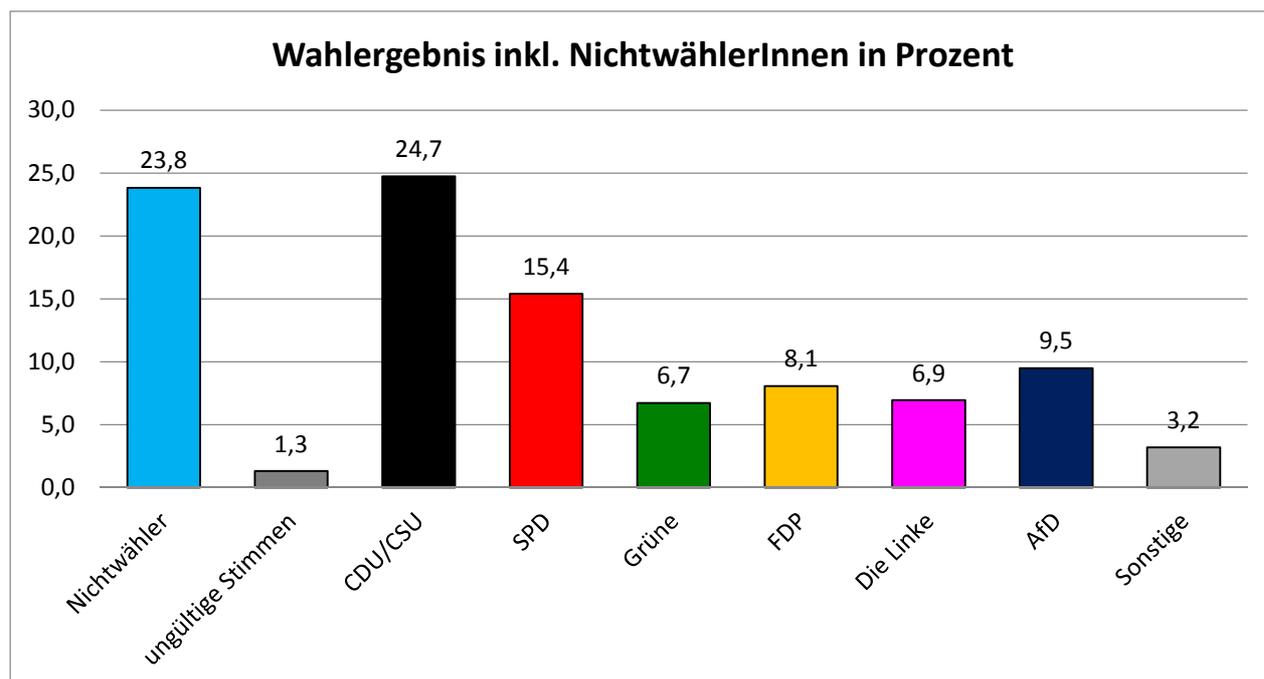
### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

Quelle: Bundeswahlleiter, Grafik: IG Metall

#### 5.1 Abgegebene Stimmen

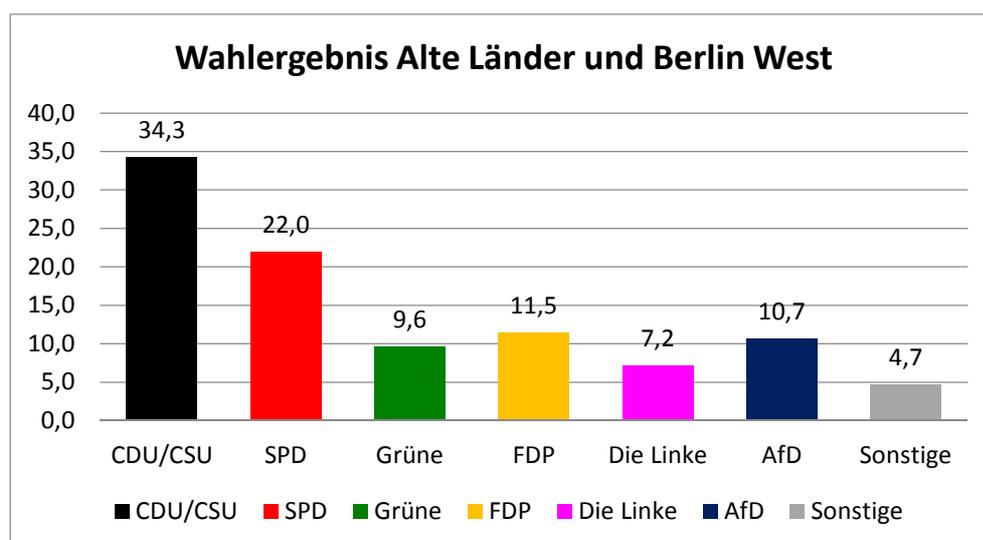
Von den rund 61,5 Millionen Wahlberechtigten gaben knapp 47 Millionen ihre Stimme ab – das entspricht einer Wahlbeteiligung von 76,2 Prozent. Damit liegt die Wahlbeteiligung um 4,7 Prozentpunkte über dem Wert von 2013, der bei 71,5 Prozent lag.

Von allen Wahlberechtigten (inkl. der Nichtwählerinnen und Nichtwähler) haben sich 24,7 Prozent für die CDU/CSU, 15,4 Prozent für die SPD, 9,5 Prozent für die AfD, 8,1 Prozent für die FDP, 6,7 Prozent für die Grünen und 6,9 Prozent für die Linke entschieden. 23,8 Prozent waren Nichtwählerinnen und Nichtwähler.



Quelle: Bundeswahlleiter, Grafik: IG Metall

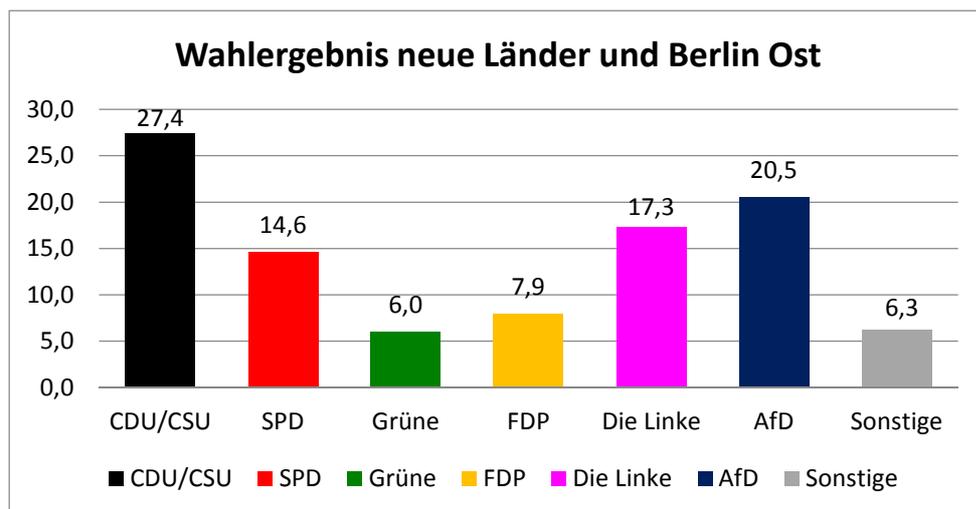
#### 5.2 Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern



Quelle: Bundeswahlleiter, Grafik: IG Metall

## Berlin aktuell

Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017



Quelle: Bundeswahlleiter, Grafik IG Metall

Die Wahlergebnisse zeigen deutliche Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Bundesländern. Sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Bundesländern wird die Union stärkste Kraft – wenn auch mit deutlichem Unterschied (West: 34,3 Prozent, Ost: 27,4 Prozent). Die zweistärkste Kraft wird in den westdeutschen Bundesländern (mit Berlin-West) die SPD mit 22 Prozent, in den ostdeutschen Bundesländern dagegen mit 20,5 Prozent die AfD. In den westdeutschen Ländern erhält die FDP 11,5 Prozent, die AfD 10,7 Prozent, die Grünen 9,6 Prozent, die Linke 7,2 Prozent und „Anderer“ 4,7 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern wird die Linke drittstärkste Kraft (17,3 Prozent), gefolgt von der SPD (14,6 Prozent), der FDP (7,9 Prozent), den Grünen (6,0 Prozent) und „Anderen“ (6,3 Prozent).

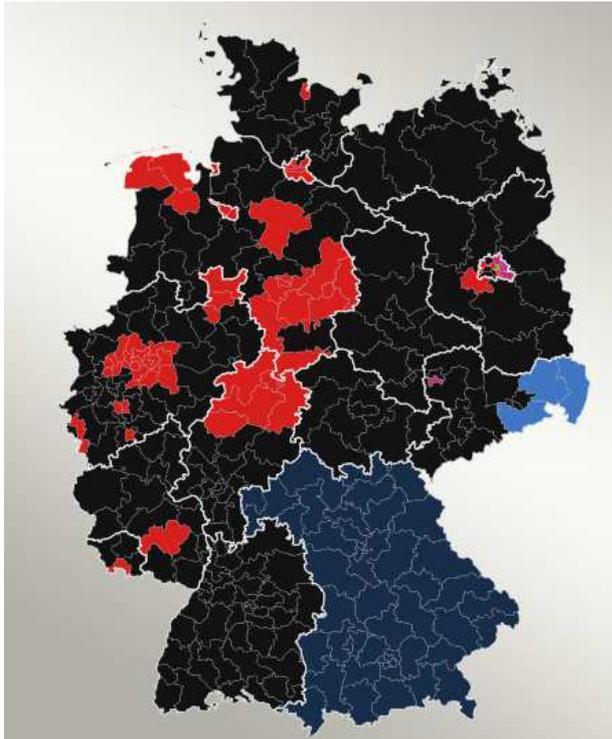
Die Alternative für Deutschland ist in Sachsen vor der Union stärkste Kraft (27 Prozent). In Mecklenburg-Vorpommern (18,6 Prozent), in Brandenburg (20,2 Prozent), in Sachsen-Anhalt (19,6 Prozent), in Thüringen (22,7 Prozent) zweitstärkste Kraft nach der Union. Im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gelingt es Frauke Petry mit 37,4 Prozent der Erststimmen direkt in den Bundestag einzuziehen. Weitere Direktmandate erringt die AfD im Wahlkreis Bautzen I (Karsten Hilse) und im Wahlkreis Görkitz (Tino Chrupalla).

In den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) erzielt die SPD nur in Brandenburg ein Direktmandat in Potsdam (Dr. Manja Schüle). Die Linke erzielt ebenfalls in Leipzig ein Direktmandat (Sören Pellmann). In Ost-Berlin kommen für die SPD noch ein Direktmandat im Wahlkreis Mitte (Eva Högl) und für vier weitere Kandidatinnen und Kandidaten der Linken hinzu (Stefan Liebich im Wahlkreis Pankow, Gesine Lötsch im Wahlkreis Lichtenberg, Petra Pau im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf und Gregor Gysi im Wahlkreis Treptow-Köpenick). Den einzigen Ost-West-Wahlkreis in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg konnten die Grünen verteidigen. Canan Bayram wurde als Nachfolgerin von Hans-Christian Ströbele. Damit haben die Grünen ihren einzigen Wahlkreis der Republik verteidigt.

In Bayern gehen alle Direktmandate an Kandidatinnen und Kandidaten der CSU. Vereinzelt gelingt es der SPD in den westdeutschen Bundesländern Direktmandate zu gewinnen – in Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Hessen und Rheinland Pfalz, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Alle Direktmandate in Baden-Württemberg gewinnen ausschließlich Kandidatinnen und Kandidaten der Union.

## Berlin aktuell

Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

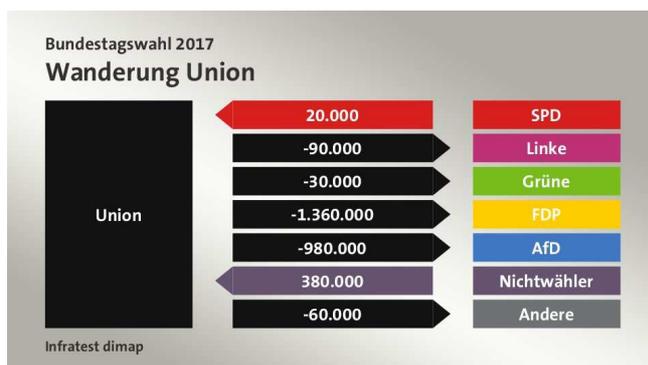


Quelle: Infratest dimap.

### 5.3 Wählerwanderung

- Von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitiert die Union am meisten, gefolgt von der AfD, SPD, FDP und den Grünen sowie der Linken.
- Die Union verliert weit über eine Million Stimmen an die FDP und eine knappe Million an die AfD.
- Die SPD verliert die meisten Stimmen an die AfD.
- Die FDP gewinnt die meisten Stimmen von der Union und verliert an die AfD.
- Die Grünen gewinnen die meisten Stimmen von der SPD und verlieren die meisten Stimmen an die Linke.
- Die Linke gewinnt die meisten Stimmen von der SPD und erleidet riesige Verluste an die AfD.
- Die AfD gewinnt aus allen Lagern Stimmen.
- Alle Parteien gewinnen Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler hinzu.

Obwohl die Union bei der Bundestagswahl stärkste Kraft geworden ist, spiegelt das schlechte Wahlergebnis die Verluste fast alle anderen Parteien wieder. Die CDU/CSU verliert 1.360.000 Stimmen an die FDP, 980.000 Stimmen an die AfD, 90.000 Stimmen an die Linke, 60.000 Stimmen an „Andere“ und 30.000 an die Grünen. 20.000 Stimmen gewinnt die Union von der SPD dazu. Die Union konnte 380.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler dazugewinnen.



## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

Die Sozialdemokraten verlieren an alle Parteien Wählerstimmen. 470.000 Stimmen verliert die SPD an die AfD, 450.000 Stimmen an die FDP, 430.000 Stimmen an die Linke, 380.000 Stimmen an die Grünen und 20.000 an die Union. An „Andere“ verliert die SPD 10.000 Stimmen. Die SPD konnte 360.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler dazugewinnen.



Die FDP gewinnt von allen Parteien mit Ausnahme der AfD dazu. 1.360.000 Stimmen erhalten die Liberalen von der Union, 450.000 Stimmen von der SPD, 140.000 Stimmen von „Andere“, 110.000 Stimmen von den Grünen und 60.000 Stimmen von die Linke. Die FDP verliert 40.000 Stimmen an die AfD und konnte 700.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler dazugewinnen.



Die Grünen gewinnen Stimmen von der SPD und der Union und verlieren Stimmen an alle Parteien. Von der SPD wandern 380.000 Wählerstimmen zu den Grünen, von der Union sind es 30.000 Stimmen. Die Grünen verlieren 170.000 Stimmen an die Linke, 110.000 Stimmen an die FDP, 40.000 Stimmen an die AfD und 40.000 Stimmen an „Andere“. Die Grünen konnten 230.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler dazugewinnen.

## Berlin aktuell

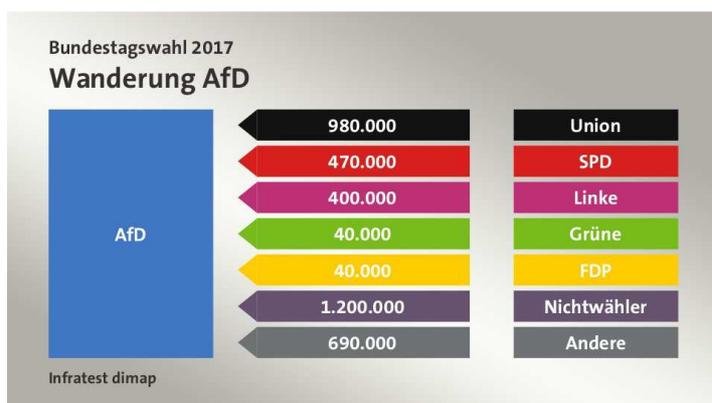
Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017



Die Linke verliert 400.000 Stimmen an die AfD, 60.000 Stimmen an die FDP und 50.000 Stimmen an „Andere“. Dazugewinne verzeichnet sie von der SPD (430.000 Stimmen), von den Grünen (170.000 Stimmen) und von der Union (90.000 Stimmen). Die Linke konnte 270.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler dazugewinnen.



Die AfD gewinnt aus allen Lagern deutlich dazu. Die Alternative für Deutschland ist die eigentliche Wahlgewinnerin der Bundestagswahl 2017. Sie gewinnt 980.000 Stimmen von der CDU/CSU, 690.000 Stimmen von „Andere“, 470.000 Stimmen von der SPD, 400.000 Stimmen von die Linke, 40.000 Stimmen jeweils von der FDP und von den Grünen. Die AfD konnte 1.200.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler dazugewinnen.



Quelle: Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend

#### 5.4 Wahlverhalten nach Alter, Berufsstand, Geschlecht und Bildung

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 waren viele Wählerinnen und Wähler noch lange unentschlossen. Die höchsten Stimmanteile unter den Spätentscheidern hat die Union (25 Prozent), gefolgt von der SPD (23 Prozent) und den Grünen (12 Prozent) erhalten. Wählerinnen und Wähler mit schlechter wirtschaftlicher Situation haben den Umfragen nach häufig ihre Stimme der SPD und AfD (beide 23 Prozent Stimmenanteil) gegeben.

##### 5.4.1 Alter

Drei Millionen Erstwählerinnen und -wähler waren bei der Bundestagswahl 2017 wahlberechtigt. Die Stimmanteile unter Erstwählern unterscheiden sich stark zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern. Insgesamt erhält die CDU/CSU von den Erstwählerinnen und Erstwählern die meiste Zustimmung (West: 25 Prozent, Ost: 20 Prozent). Die SPD erhält von den Wahlberechtigten, die in den westdeutschen Bundesländern erstmals wählen durften einen Stimmenanteil von 19 Prozent, in den ostdeutschen Bundesländern erhält die AfD dagegen die zweitstärkste Zustimmung (17 Prozent).

Bei der CDU/CSU gilt erneut, je älter die Wählerinnen und Wähler, desto höher die Zustimmung. Mit 45 Prozent erhält die Union die höchsten Stimmenanteile bei den 70-Jährigen und älteren. Bei den 18 bis 24-Jährigen erhält die Union dagegen nur einen Stimmenanteil von 24 Prozent. In allen Altersgruppen verliert die CDU/CSU zwischen sieben und elf Prozent bei der Bundestagswahl 2017 im Vergleich zu 2013, am stärksten bei den 60 bis 69-Jährigen und bei den 25 bis 34-jährigen.

Die SPD verzeichnet ebenfalls bei den 70-Jährigen und älteren die höchsten Stimmenanteile (25 Prozent). Die geringsten Stimmenanteile verzeichnen die Sozialdemokraten bei den 35 bis 44-Jährigen (16 Prozent). Wie die Union verliert die SPD jedoch in allen Altersgruppen im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 an Zustimmung, am stärksten bei den 45 bis 59-Jährigen.

Die FDP erreicht in allen Altersgruppen mehr Zustimmung im Vergleich zur Bundestagswahl 2013. Die Liberalen haben über alle Altersgruppen hinweg Stimmenanteile zwischen 10 und 12 Prozent. Bei den 18 bis 24-Jahren erreichen sie einen Anteil von 12 Prozent, und damit ein Plus von 7 Prozent im Vergleich zu 2013.

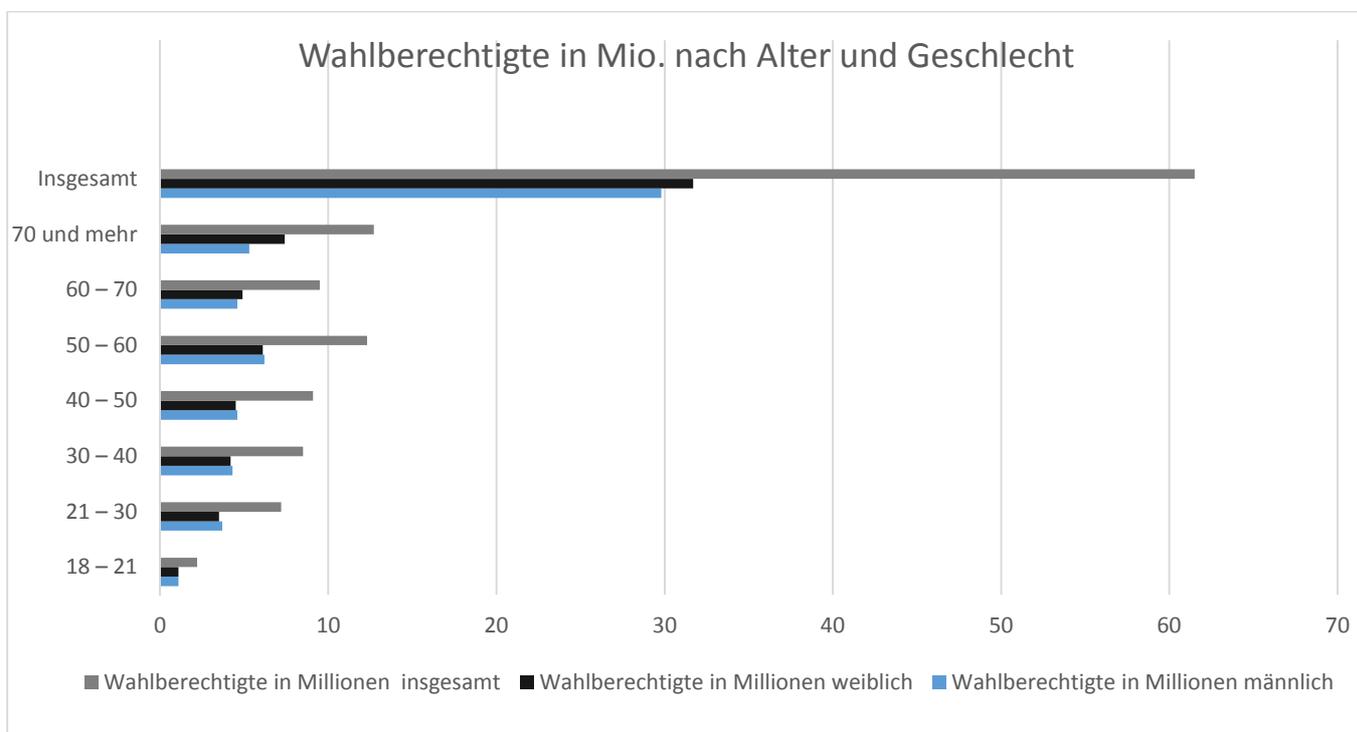
Die Grünen haben ihre stärksten Ergebnisse bei den jüngeren Wahlberechtigten. Bei den 18 bis 24-Jährigen erreichen sie einen Stimmenanteil von 13 Prozent, in der Altersgruppe „70 und älter“ dagegen nur 4 Prozent. In allen Altersgruppen zwischen 18 und 59 Jahre verzeichnen die Grünen Stimmenanteile zwischen 10 und 13 Prozent. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 gelingen jedoch in allen Altersgruppen nur minimale Zuwächse (plus 2 Prozent) bzw. wird der Anteil aus 2013 gehalten.

Die Linke erhält in allen Altersgruppen Stimmenanteile zwischen 7 und 11 Prozent. In der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre und 25 bis 34 Jahre sind es 11 Prozent, bei den 70-Jährigen und älteren dagegen 7 Prozent. Wie den Grünen gelingt es der Linken im Vergleich zu 2013 kaum, die Stimmenanteile zu erhöhen. Bei den 18 bis 24-Jährigen sind es lediglich 3 Prozent, bei den 45 bis 59-Jährigen verliert die Linke dagegen ein Prozent Stimmenanteil.

Die AfD erhält die größte Zustimmung in den mittleren Altersgruppen – bei den 35 bis 44-Jährigen ist es ein Stimmenanteil von 16 Prozent, damit steigt der Anteil im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 um 10 Prozentpunkte. Die geringste Zustimmung erhält die Alternative für Deutschland in der Altersgruppe „70 und älter“ (7 Prozent). In allen Altersgruppen kann die AfD ihre Stimmenanteile im Vergleich zu 2013 um 4 bis 10 Prozentpunkte erhöhen.

## Berlin aktuell

Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017



### 5.4.2 Berufsstand

Die Union verzeichnet die größten Stimmenanteile in der Gruppe „Rentner“ (41 Prozent), und die niedrigsten bei den Arbeitslosen (20 Prozent). Bei den Selbstständigen (minus 12 Prozentpunkte) und bei den Arbeitern (minus 10 Prozentpunkte) verliert die Union am meisten an Zustimmung im Vergleich zur Bundestagswahl 2013.

Die SPD-Stimmenanteile nach Tätigkeit liegen in den Gruppen „Angestellte“, „Arbeitslose“, „Rentner“, und „Arbeiter“ zwischen 20 und 24 Prozent, wobei die Sozialdemokraten insbesondere bei den Angestellten an Zustimmung verloren haben (minus 6 Prozentpunkte). Die geringste Zustimmung genießt die SPD unter Selbstständigen, von jenen erhält sie lediglich 11 Prozent der Stimmen.

Die FDP erhält den höchsten Stimmenanteil von Selbstständigen (19 Prozent) – in dieser Personengruppe gelangen den Liberalen auch die größten Zugewinne im Vergleich zu 2013. Bei den Arbeitslosen ist der Stimmenanteil mit 7 Prozent am geringsten.

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

Die AfD erhält den höchsten Stimmenanteil bei den Arbeitslosen (22 Prozent) und bei den Arbeiter (21 Prozent). Im Vergleich zu 2013 sind es Zuwächse von 19 bzw. 15 Prozentpunkte. Geringe Zustimmung erhält die Alternative für Deutschland dagegen von Rentnerinnen und Rentnern (11 Prozent).

Die Grünen erhalten die meiste Zustimmung von Angestellten und Selbstständigen, die Linken dagegen von Arbeitslosen.

Betrachtet man die Stimmenanteile unter Arbeitslosen wird die SPD mit 23 Prozent stärkste Kraft, die AfD erhält 22 Prozent, die Union 20 Prozent, die Linke 11 Prozent und die Grünen und FDP jeweils 7 Prozent.

Bei den Stimmenanteilen unter Arbeitern ergibt sich ein anderes Bild: 25 Prozent für die Union, 24 Prozent für die SPD, 21 Prozent für die AfD, 10 Prozent für die Linke, 8 Prozent für die FDP und 5 Prozent für die Grünen.

#### 5.4.3 Geschlecht

Beim Wahlverhalten nach Geschlecht fallen zwei Ergebnisse ins Auge: Die Union erhält mehr Zustimmung von Frauen als von Männern, wohingegen die AfD eher bei den Männern als bei den Frauen punkten konnte. Die anderen Parteien haben von beiden Geschlechtern ungefähr gleich viel Zustimmung erhalten.

36 Prozent der Frauen wählten die Union mit Angela Merkel (Männer: 30 Prozent), 21 Prozent der Frauen und Männer wählten die SPD, 10 Prozent der Frauen die AfD (Männer: 16 Prozent), 10 Prozent der Frauen die FDP (Männer: 12 Prozent), 9 Prozent der Frauen und Männer entschieden sich für die Linke und 10 Prozent der Frauen für die Grünen (Männer: 8 Prozent).

Frauen waren bei der Bundestagswahl deutlich in der Überzahl: 31,7 Millionen zu 29,8 Millionen Männer. Übrigens: Den größten Frauenanteil bei den Kandidatinnen und Kandidaten hatten mit 46,9 Prozent die Grünen, dann die SPD (40,7 Prozent), gefolgt von der Union (36,1 Prozent).

Nach dem vorläufigen Endergebnis werden von den insgesamt 709 Abgeordneten im Deutschen Bundestag 218 Frauen sein. Aus den jeweiligen Parteien ziehen 49 Frauen für die Union, 64 für die SPD, 39 für die Grünen, 18 für die FDP, 37 für die Linke und 11 für die AfD ein.

#### 5.4.4 Bildung

Wählerinnen und Wähler mit „einfacher Bildung“ haben eher die Union gewählt als jene mit „hoher Bildung“. Die CDU/CSU holte sowohl bei den Wahlberechtigten mit „einfacher Bildung“ als auch bei jenen mit „Hoher Bildung“ die höchsten Stimmanteile (38 und 30 Prozent). Die SPD und auch die AfD haben jeweils einen höheren Stimmenanteil von Wählerinnen und Wählern mit „einfacher Bildung“ im Vergleich zu jenen mit „hoher Bildung“ erhalten. Die Grünen, die FDP und die Linke haben dagegen mehr Stimmanteile von Wahlberechtigten mit „hoher Bildung“ erhalten.



Angaben in Prozent. Quelle: Infratest dimap.

**6. Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder**

**GewerkschafterInnen: SPD vor CDU, AfD drittstärkste Kraft**

Anteil der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere

**Alle WählerInnen:**



**Gewerkschaftsmitglieder\*:**



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)  
Quelle: Der Bundeswahlleiter / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

**Gewerkschaftsfrauen wählen Rot-Rot-Grün**

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Geschlecht (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere



Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

**GewerkschafterInnen: SPD bei Angestellten und ArbeiterInnen stärkste Kraft**

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Berufsgruppen (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere



Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

**GewerkschafterInnen im Osten: Linke und AfD gleich auf**

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern in West- und Ostdeutschland (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere



Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

Quelle: DGB, Einblick, Forschungsgruppe Wahlen

#### **Wahlrecht in der Bundesrepublik Deutschland**

Bei der Bundestagswahl hat jede und jeder Wahlberechtigte zwei Stimmen: eine **Erst- und eine Zweitstimme**. Mit der Erststimme wird der Wahlkreiskandidat gewählt. Die Kandidatin bzw. der Kandidat, der in seinem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält, gewinnt das Direktmandat. Hierbei genügt die relative Stimmenmehrheit. Mit der Zweitstimme werden die Landeslisten der Parteien gewählt. Für die Zusammensetzung des Bundestags ist letztlich die Zweitstimme entscheidend, weil sie darüber bestimmt, wie viele Parlamentssitze eine Partei eringt. Parteien ziehen dann in den Bundestag ein, wenn sie mindestens fünf Prozent aller Zweitstimmen oder drei Wahlkreise gewonnen haben. Wenn nicht, verfallen die Zweitstimmen. Davon ausgenommen sind Parteien von nationalen Mehrheiten (Friesen, Dänen und Sorben). Die Sitzverteilung erfolgt nach dem Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers.

**Wahlberechtigt** sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltage das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und nicht nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Wahlberechtigte, die in ein Wählerverzeichnis eingetragen sind, können ihr Wahlrecht ohne Vorliegen eines besonderen Grundes durch **Briefwahl** ausüben. Dies ist auch möglich, wenn sie sich vorübergehend im Ausland befinden.

**Wählbar** ist, wer am Wahltage Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.

**299 Wahlkreise** gibt es in Deutschland. Für die Bundestagswahl 2017 hat der Gesetzgeber gegenüber der bisherigen Wahlkreiseinteilung insgesamt 34 Wahlkreise neu abgegrenzt. Hintergrund ist, dass die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen muss und die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises nicht mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen soll.

Der Bundestag besteht aus mindestens **598 Abgeordneten**: 299 direkt gewählte Abgeordnete und mindestens 299 Abgeordnete, die über die Landesliste einer Partei in den Bundestag einziehen. Falls eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate gewonnen hat, als ihr dort Sitze durch die Zweitstimmen zusteht, behält sie diese Sitze als Überhangmandate. Die entstandenen Überhangmandate werden dann durch ein mehrstufiges System ausgeglichen, sodass anschließend alle Parteien im Bundestag im Verhältnis ihrer Zweitstimmen vertreten sind. Dadurch erhöht sich die Anzahl der Abgeordneten im Bundestag.

Quelle: Bundeswahlleiter, Bundeszentrale für politische Bildung.

## Berlin aktuell

### Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017

---

#### 7. Ergebnisse auf einen Blick

	Bundestagswahl 2013		Bundestagswahl 2017	
	Zweitstimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent
Wahlberechtigte	61.903.903		61.675.529	
Wähler	44.289.652		46.973.799	
ungültige Stimmen	587.178	1,3	593.161	
Nichtwähler	17.614.251	28,5	14.701.730	
Wahlbeteiligung		71,5		76,2
CDU/CSU	18.157.256	42,0	15.315.576	33,0
SPD	11.247.283	26,0	9.538.367	20,5
Grüne	3.690.314	13,0	4.157.564	8,9
FDP	2.082.305	5,0	4.997.178	10,7
Die Linke	3.752.577	7,0	4.296.762	9,2
AfD	2.052.372	4,7	5.877.094	12,6
Sonstige	1.201.200	4,1	1.973.734	5,0

#### 8. Die nächsten Wahltermine

15. Oktober 2017	Niedersachsen	Landtagswahl (vorgezogen)
Herbst 2018	Bayern	Landtagswahl
Herbst 2018	Hessen	Landtagswahl

#### 9. Links

Bundeswahlleiter, Ergebnisse der Bundestagswahl 2017: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99.html>

ARD-Deutschlandtrend, Ergebnisse der Bundestagswahl: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml>